NEUES FORUM
BULLETIN
Nr. 41 28. 01. 1996

INHALT:

Schalck in Peking:
Kapitulation des Rechtsstaats

Es ist längst kein Geheimnis mehr: die Bundesregierung pfeift auf die DDR-Vergangenheit, wenn es um Geld geht.

Wie sonst ist wohl zu erklären, daß ausgerechnet Ex-Stasi-Oberst Schalck-Golodkowski heute ganz offiziell für die deutsche Wirtschaft in Peking verhandelt, ohne daß sich Bonn dazu äußert. Schalcks Erfahrungen im internationalen Waffenhandel machen ihn offenbar so unentbehrlich, daß der DDR-Devisenbeschaffer selbst von einem Gerichtstermin im Berliner Landgericht befreit wurde, um ihm „den Wiedereintritt in das Berufsleben zu erleichtern". Dort sollte pikanterweise wegen illegaler Waffengeschäfte gegen ihn verhandelt werden.

Der „Rechtsstaat" kapituliert erneut. Dies ist um so skandalöser, da dieser „Rechtsstaat" gleichzeitig die ehemalige Bundestagsabgeordnete des NEUEN FORUM, Ingrid Köppe, „wegen Verdachts der Verletzung einer besonderen Geheimhaltungspflicht" im Zusammenhang mit dem Schalck-Untersuchungsausschuß verfolgt.

Es werden wieder einmal die Opfer zu Tätern gemacht. Die deutsche Gesellschaft versäumt zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert die Aufarbeitung der Geschichte. Das NEUE FORUM wird sich trotz alledem auch weiterhin für eine Wiedergutmachung für die Opfer stark machen und dem Klima des bequemen Verdrängens und Vergessens entgegenwirken.

Berlin, den 21.10.1995

FÜR DAS NEUE FORUM
MICHAEL BAEHR, MATTHIAS BÜCHNER UND KAROLIN SCHUBERT

Herausgeber: NEUES FORUM, 10117 Berlin, Friedrichstr.165, fon (030) 2292412, fax: 2291213 Layout: Gerold Hildebrand

Diplomatie ja - Kasernenbesuch nein

Aufforderung an Bundeskanzler Kohl, nicht die 196. Infanteriedivision Chinas zu besuchen, sondern ein Lager politischer Gefangener nahe der Hafenstadt Tianjin:

Bundeskanzler Kohl will am Dienstag eine Kaserne der chinesischen Militärs besuchen, Wir fordern ihn auf, diese Verbeugung vor der Pekinger Führung und seiner Generalität zu unterlassen. Das Massaker vom Juni 1989 auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ ist nicht vergessen und nicht vergeben. Li Peng ist nach wie vor Premierminister, er trägt die volle Verantwortung für die Bluttat und alle Menschenrechtsverletzungen bis zum heutigen Tag. Es gibt keinen „kritischen Dialog“ mit Tyrannen, der die Demokratie befördern könnte; nicht in Peking, nicht in Teheran und nicht in Pale. Dabei bejahen wir harte Verhandlungen und nützliche Verträge, wenn sie ermöglichen, die Isolation der Bevölkerung in den Diktaturstaaten zu verringern. Aus der DDR-Zeit wissen wir, daß jeder mutige Journalist oder Politiker etwas erreichen kann, wenn er mit realistischer Berichterstattung oder couragierter Gesprächsführung kulturelle, politische, ökologische und ökonomische „Knackpunkte“ behandelt. Einmischung erwünscht und erforderlich - so kommentierte Heinrich Böll die stets wiederkehrende Floskel der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“. Die deutsche Regierungsdelegation besucht einen Staat, in dem es ein Gulagsystem gibt und eine „Volksbefreiungsarmee“, die im Juni 1989 auf Befehl der Partei- und Staatsführung gegen unbewaffnete Studenten vorging. Es gab viele Tote und ungezählte Verhaftungen. Was will der demokratisch gewählte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland in der Kaserne der 196. Infanteriedivision Chinas? Es gibt eine Grenze, die nicht überschritten werden darf. Wenn doch, möchten wir an den Wechsel der Zeiten erinnern und an das Gedächtnis der politischen Häftlinge in einem stacheldrahtumzäunten Lager nahe der Hafenstadt Tianjin. Sie werden nicht vergessen, wer am kommenden Dienstag wem die Hand gab in ihrer unmittelbaren Nähe.

Berlin, 12.11.95

Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs, Freya Klier, Sebastian Pflugbeil, Christian Tietze, Marianne Tietze, Ralph Giordano

Liebe Bärbel,

hier der Hinweis auf ein lesenswertes aktuell-Buch bei rororo. Mit unserer Erklärung haben haben wir zwar nichts bewirkt, jedoch mit dem Nennen des Namens der Hafenstadt Tianjin (Kohl-Kasernenort) etwas berührt, was auch bei Wei Jingsheng eine Rolle spielt: Als er nach 14 Jahren Haft sieben Monate draußen ist, wird er aufgefordert, Peking zu verlassen, weil ein US-Minister kommt.

Wo muß er hin? nach Tianjin, siehe S. 89/90. Auf der Rückfahrt wird er - wie geplant - am 1.4.94 kurz vor der Stadtgrenze Peking verhaftet! Seitdem fehlt jede Spur von ihm ...

Die Böll-Stiftung hat unseren Aufruf (zusammen mit einem Brief an die nigerianischen Militärs, um das Todesurteil gegen Ken Saro-Wiwa zu verhindern) verbreitet.

9.12.95

Jürgen Fuchs
an Bärbel Bohley

Das empfohlene Buch:

Wei Jingsheng: Mein Leben für die Demokratie, rororo aktuell 13941, ISBN: 3-499-13941-3; 12,90 DM

"Ob China zusammenbricht, demokratisch wird oder zur Großmacht aufsteigt, das darf die Welt nicht kalt lassen. Wer heute allzu kurzsichtig auf schnellen Gewinn im Handel mit China setzt, könnte zukünftig einen weit höheren politischen Preis zu entrichten haben."

Solche Äußerungen haben den prominentesten Menschenrechtler Chinas, Wei Jingsheng, erneut die Freiheit gekostet.

Erst im September 1993 nach mehr als vierzehnjähriger Haft entlassen, wurde Wei am 1. April 1994 von chinesischen Sicherheitskräften verschleppt. Seitdem fehlt jedes Lebenszeichen von ihm.

Dieser Band, herausgegeben u.a. von Weis Schwester Shan Shan, enthält die wichtigsten Texte Wei Jingshengs, er zeichnet die Lebensgeschichte des Dissidenten nach, informiert über die Menschenrechtssituation in China und dokumentiert den weltweit lauter werdenden Ruf zahlreicher Künstler, Wissenschaftler und Politiker nach Weis Freilassung.

Politische Gefangene in Usbekistan

Aufruf zum Besuch des usbekischen Präsidenten Karimow am 15. und 16.11.1995 in der Bundesrepublik

Um zu verhindern, daß sich, wie 1993 der Bundeskanzler, hohe Repräsentanten der Bundesrepublik mit dem usbekischen Diktator Karimow treffen, ohne daß die Öffentlichkeit in ausreichender Form davon unterrichtet ist und ohne daß die demokratischen Grundrechte für die Bürger Usbekistans nachdrücklich und öffentlich eingefordert werden, weisen wir auf achtundvierzig politische Gefangene hin, die seit 1992/93 in usbekischen Gefängnissen sitzen und Folterungen ausgesetzt sind.

Safar Begdshan, Dichter, aktiv in der Oppositionspartei "ERK", 1993 zu 3 Jahren verurteilt;
Rashit Begdshanow, Bruder des Vorsitzenden der Oppositionspartei "ERK", 1995 zu 5 Jahren Haft verurteilt;
Nemat Achmedow, Shafkat Chalbajew, Shafkat Mamatow, Chaschim Suwanow, Erkin Ashurow, Murad Dshurajew, wegen antistaatlicher Propaganda 1995 zu 6 bis 12 Jahren verurteilt, Dshurajew war Parlamentsabgeordneter der "ERK" vor ihrem Verbot;
Chamedullah Junussow, Mitglied von "ERK", 1992 verurteilt zu 4 Jahren;
Gaibnasar Koshtshanow, 1. Sekretär der "ERK" im Gebiet Urgentsch, 1994 zu 3 Jahren verurteilt;
Chamedullah Baltabajew, las auf der Straße die Zeitung der Oppositionspartei, 1992 zu 4 Jahren verurteilt;
Samandar Kukhonow, Parlamentsabgeordneter, kritisierte den Präsidenten, 1992 und 1994 zu 4 Jahren verurteilt;
Abdullah Abdurasakow, 1992 wegen Verbreitung staatsfeindlicher Zeitungen zu 4 Jahren verurteilt;
Mamadali Machmudow, bekannter Schriftsteller, war Präsident des Kulturfonds Usbekistans, 1994 zu 3 Jahren verurteilt;
Kerim Ismailow, Chusnutin Kutbiddinow, Achmed Abdurassulow, Abdulla Baratow, Madamin Mirsajakubow, Mitglieder der oppositionellen Organisation "Adolat", 1993 wegen Republikflucht zu 4 bis 12 Jahren verurteilt;
Muhammad Radshab, Sadikdshan Atadshanow, Machmud Kenshajew, Rafigdshan Gafurow, Bachram Wahabow, Melikusi Tuitshijew, Abdullah Hafurow, Achmadshan Jigitalijew, 1994 und 95 angeblich wegen Rauschgift- und Waffenbesitz, in Wahrheit wegen religiöser Betätigung zu 2 bis 14 Jahren verurteilt;
Abdurashid Kutbidinow, Mitglied der Oppositionsbewegung "Birlik", seit 1995 in Haft;
Abdulla Utajew, Abduwali Kari Mirsojew, Ramasan Matkerimow, Führer einer religiösen Vereinigung, Utajew seit 1992, die beiden anderen seit August 1995 verschollen;
Mamutow Gulamkodir, Abduwali Egamberdijew, Kamalchan Kori, Kadirshan Kori, Mullah Shachimardan, Mullah Shaleliddin, 1995 angeblich wegen Rauschgift- und Waffenbesitz, in Wahrheit wegen Bekenntnis zum Islam inhaftiert. Kamalchan Kori wurde gefoltert und von Mithäftlingen vergewaltigt;
Umarchan Busrikchanow, Imam der Dshameh-Moschee und Achmadshan Atachanow, arbeitete in der Ataulachan-Moschee, beide seit 1994 in Untersuchungshaft;
Abdullah **Machmudow, Gulamdshan Sarimsakow, Mohammednebi Mirkamilow, Muhammedlatif Dshumasow, Mirobid Mirmachmudow, Abdusattor Muslimow, Sijowutdin Dshachangirow**, Führer der religiösen Bewegung "Mowarannakhr", 1994 zu 4 bis 7 Jahren verurteilt;
Abdugani Otshilow, Mitarbeiter des usbekischen Kulturfonds, verbreitete die Parteizeitung der "ERK", 1994 zu 3 Jahren verurteilt;
Safar Aminow, aktives Mitglied der Partei "ERK", 1993 wegen Verbreitung dir Parteizeitung zu 3 Jahren verurteilt.

Wir fordern die unverzügliche Freilassung dieser Häftlinge! Doch die Liste der Verhafteten, Verurteilten und plötzlich Verschollenen ist längst nicht vollständig! Viele haben Angst, Informationen über ihre verhafteten Angehörigen weiterzugeben. Wir fordern, daß sich die Bundesregierung mit Nachdruck für die Freilassung aller politischer Gefangenen und die Einhaltung der Menschenrechte in Usbekistan einsetzt! Besonders nach den Erfahrungen von 1989 (China) und 1994 (Tschetschenien) sollte die Bundesregierung die Schlußfolgerung ziehen, daß die Menschenrechte an erster Stelle stehen!

Berlin, den 6. 11. 1995

Bärbel Bohley, Ekkehard Maaß, Katja Havemann, Ulrike Poppe, Ludwig Mehlhorn, Rudolf Bahro, Elke Erb, Hannes Schwenger, Wolf Biermann, Jürgen Fuchs, Gogi Tsoulukidse, Giwi Margwelaschwili

Briefe ans NEUE FORUM

Das Robert-Havemann-Archiv plant für 1996 die Herausgabe einer Dokumentation von Briefen ans NEUE FORUM in der Zeit von September 1989 bis März 1990.
Büros und Mitglieder des NEUEN FORUM, die noch alte, mitteilenswerte Briefe besitzen, sollten diese dem Robert-Havemann-Archiv zur Verfügung stellen und sich an Tina Krone wenden.
Robert-Havemann-Archiv, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin, fon: (030) 446 503 03, fax: (030) 446 50 305 (NEU!).

Die postkommunistischen Staaten Südosteuropas: Zwischen Demokratie und Resignation (1. Teil)

Detlef W. Stein unternahm als Arbeitsgruppenleiter des FachForum Südosteuropa im NEUEN FORUM eine fünfwöchige Informationsreise im Oktober/November 1995 durch Rumänien, Bulgarien und Makedonien. Er führte Gespräche mit Repräsentanten der unterschiedlichsten Parteien, Bürgerrechtsbewegungen und Vertretern von Religionsgemeinschaften. Die gesellschaftspolitischen Transformationsprozesse in diesen postkommunistischen Staaten gehen insgesamt leider nicht in dem Tempo voran, wie es sich die Mehrheit der Bevölkerung in diesen Ländern vorstellt.

I. RUMÄNIEN

Die Gesprächspartner in Bukarest, wie zum Beispiel die Vorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Alianta Civica, Frau Ana Blandiana oder auch der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Herr Constantin Avramescu äußerten sich sehr kritisch zur derzeitigen rumänischen Regierungspolitik, u.a. zum Privatisierungsprozeß oder zur öffentlichen Diskussion der Vergangenheitsaufarbeitung der kommunistischen Diktatur.

Die ehemalige kommunistische Partei, die sich zur Zeit Partei der sozialen Demokratie nennt, hat nach einer scharfen politischen Auseinandersetzung mit der radikal-nationalistischen Partei Romania Mare die Zusammenarbeit mit dieser Partei im Parlament im September diesen Jahres aufgekündigt (Anti-Illiescu Artikel des Vorsitzenden Vadim Tudor). Jetzt regieren die Ex-Kommunisten nur noch mit zwei weiteren kleinen nationalistischen Parteien und bilden eine Minderheitsregierung. Ein Zustand, der eventuell vorzeitige Neuwahlen notwendig machen könnte.

Antisemitismus und vor allem eine Politik gegen die ungarische Minderheit werden in unverminderter Stärke von den kleineren an der Regierung beteiligten Parteien tagtäglich artikuliert. Ein Zustand, den der neue Chefrabbiner und viele ungarischen Politiker mit Unbehagen verfolgen.

Die Allianz zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Demokratischen Partei von Petre Roman vor einigen Wochen, sichert eine gemeinsame Wahlliste bei den im nächsten Herbst stattfindenden Wahlen. Ein Zusammenschluß beider Parteien in der Zukunft schloß der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Herr Avramescu nicht aus. Die Reformkommunisten der Roman-Partei würden somit einen wichtigen politischen Schachzug machen, denn im Gegensatz zum kleineren Partner ist diese Partei noch nicht Mitglied der Sozialistischen Internationale. Ein Traum der Regierungspartei, der so schnell nicht erfüllt wird und wie ich hoffe, in den nächsten zehn Jahren nicht zur Durchführung kommen sollte, da niemand weiß in welcher politischen Richtung sich diese ehemalige kommunistische Partei entwickelt. Dasselbe gilt natürlich auch für die übrigen ehemaligen "Bruderparteien" in den ost- und südosteuropäischen Ländern, vor allem für jene auf dem Balkan.

- Die innerethnischen Spannungen haben sich nach der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes im Juni diesen Jahres leider nicht verbessert. Vor allem die ungarische Bevölkerung (ca. 1,8 Millionen Bürger der ca. 23 Millionen Einwohner) sind nicht zufrieden, da viele Hauptfächer, wie Geschichte, Geographie usw. nur in Rumänisch gelehrt werden dürfen und damit die Angst besteht, daß ausschließlich die rumänische Interpretation der Geschichte des Landes zur Anwendung kommt.

- Der oppositionelle Verband Demokratische Konvention mit dem Vorsitzenden Constantinescu hat leider nicht die Möglichkeit, seinen eigenen politischen Standpunkt in der Öffentlichkeit im selben Maß wie die Regierungsparteien zu vertreten, da die sogenannten Sozialisten von Illiescu's Partei alle Medien kontrollieren und sich das vielfältige politische Pressewesen der oppositionellen Parteien und Bewegungen auf die Hauptstadt Bukarest beschränkt. Darüber hinaus haben die Spannungen innerhalb dieses Oppositionsbündnisses in den letzten Monaten nicht abgenommen. Die Demokratische Konvention hat ihre Chance als eine wirkliche Alternative zur Regierungspartei von der Bevölkerung wahrgenommen zu werden gegenwärtig verspielt. Nach dem Tod des einzigen charismatischen Oppositionspolitikers Cunescu vor einigen Wochen wird es dieses Bündnis sehr schwer haben, seinen politischen Einfluß in der Gesellschaft zu sichern.

- Die Aufarbeitung der Geschichte des Kommunismus liegt in den Händen von ehemaligen KP-Funktionären, die sich vor zwei Jahren in Bukarest zusammenfanden und das Institut für Totalitarismusforschung mit staatlichen Geldern eröffneten.

Die ursprüngliche Idee kam allerdings von der Bürgerrechtsbewegung Alianta Civica und ihren politischen Aktivisten um die Schriftstellerin Ana Blandiana. Doch im Gegensatz zu den exkommunistischen Funktionären können sie nicht darauf bauen, entsprechende finanzielle oder materielle Unterstützungen von seiten des Staates zu bekommen. Und das von ihnen geplante Memorial-Projekt für die Opfer des kommunistischen Repressionsapparats in der nordrumänischen Stadt Sighet kann nicht weitergeführt werden, da die von der EU bestätigten Finanzen immer noch nicht am Bestimmungsort angekommen sind. So wird wertvolle Zeit verloren, die die Kommunisten natürlich nutzen und ihre Interpretation der sta-

linistischen und kommunistischen Epoche verkünden.
Hier sollten die von Westeuropa gemachten Zusicherungen für den Aufbau des Sighet-Projektes auch eingehalten werden, um eine wahrhaftige Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte zu gewährleisten und die Demokratisierung in Rumänien zu forcieren.

II. BULGARIEN

Die Kommunalwahlen

Die am 29. Oktober 1995 in Bulgarien abgehaltenen Kommunalwahlen haben keine Überraschungen gebracht. Man erwartete allgemein ein ähnliches Ergebnis wie bei den Parlamentswahlen im Dezember 1994.
Die größte Partei des Landes, die exkommunistische Bulgarische Sozialistische Partei mit ca. 330.000 Mitgliedern und dem aus der sozialistischen Zeit herübergeretteten finanziellen Vermögen und alten bewährten Strukturen ließen den größten demokratischen Oppositionsbündnissen Union der Demokratischen Kräfte (UDK) und dem Volksbund kaum eine Chance.
Um allein die gewaltige personelle und finanzielle Grundlage der BSP verstehen zu können, möchte ich hier einige Zahlen nennen:
Nach den Untersuchungsergebnissen des Nationalen Zentrums für Meinungsforschung in Sofia sind 40% der BSP-Mitglieder Geschäftsleute, die Firmen besitzen und mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigen, ca. 52% sind Rentner und haben sich ihre kommunistischen Überzeugungen von einem Leben ohne Marktwirtschaft bewahrt (sogenannte "rote Großmütter"), 17% gehören zur Altersgruppe bis zu 44 Jahren und nur 5,8% der Mitglieder sind unter 34 Jahre alt.
Vor allem die Rentner sind an dieser Stelle hervorzuheben, da sie maßgeblich an der Vorbereitung der Wahlen beteiligt waren und ihre Stimme in jedem Fall für die BSP abgaben.
Es war also niemand in Bulgarien überrascht, daß diese Partei die absolute Mehrheit der Bürgermeisterämter gewann. Insgesamt wurden folgende, noch vorläufige, Wahlergebnisse bekannt gegeben: BSP - 40%, UDK - 26%, Volksbund - 10%, BRF - 9%, andere - 15%.
Die Wahlbeteiligung lag mit 60% im Gegensatz zum Dezember 1994 von 84% deutlich niedriger.
Im Vergleich der Wahlergebnisse zu jenen vor einem Jahr ist zu konstatieren, daß die BSP auf Grund der geringeren Wahlbeteiligung ca. 600.000 Stimmen an die oppositionellen Bündnisse abgeben mußte (vor allem an den Volksbund).
Die UDK, als die größte Oppositionskraft des Landes stellt in folgenden Großstädten die Bürgermeister: In der Hauptstadt Sofia, Gabrovo, Varna, Plovdiv und Stara Zagora.

Enttäuschung über den Westen

In Gesprächen mit führenden Repräsentanten der Opposition erfahre ich seit Jahren, daß die Politiker über die Haltung der westeuropäischen Staaten enttäuscht sind, denn diese pflegen vor allem Kontakte zu den exkommunistischen Parteien und interessieren sich nur am Rande für die demokratische Opposition. Das gilt im gleichen Umfang für Rumänien.
Sollte sich der Grad der politischen Interessiertheit und der damit verbundenen Unterstützung für die wahren Demokraten in diesen Staaten von westeuropäischer und natürlich auch deutscher Seite nicht ändern, besteht die Gefahr, daß Westeuropa mit den Regierenden von morgen keine gefestigte Grundlage für künftige zwischenstaatliche Kooperationen besitzen wird.
Westeuropa muß sich hier auch fragen lassen, nach welcher Moral und Ethik in den postkommunistischen Staaten Politik gemacht wird. Es kann doch nicht sein, daß zum Beispiel in Deutschland versucht wird die PDS, die ebenso eine exkommunistische Partei ist, wie ihre Bruderparteien in den ehemaligen sozialistischen Ländern, vom deutschen Verfassungsschutz beobachten zu lassen und auf der anderen Seite genau mit jenen Nachfolgeparteien der Kommunisten in Ost - und Südosteuropa zusammenzuarbeiten! Das spricht auf keinen Fall die PDS von ihrer Verantwortlichkeit für die Verbrechen in der DDR frei.
Diese janusköpfige Politik Westeuropas ist eine Verhöhnung von Millionen Opfer der kommunistischen Diktatur in diesen Staaten!

Markus Wolf in Sofia

Auf dieser Linie liegt auch die Einladung seitens einer der BSP nahestehenden Stiftung an den ehemaligen Stasi-General Markus Wolf im Juni diesen Jahres in Sofia. Sein Freund Angel Wagenstein von der BSP moderierte eine im geschlossenen Kreis von Kommunisten gehaltene Diskussion zur Aufarbeitung der Stasi-Problematik in Deutschland. Wolf konnte des weiteren zur besten Sendezeit im Ersten Programm des Bulgarischen Fernsehen seinen Standpunkt über diese Problematik und seinen eigenen Prozeß in gewohnt populistischer Art und Weise verlautbaren. Diese Möglichkeiten verwundern nicht, da die sogenannten Sozialisten in Bulgarien das Meinungsmonopol besitzen und auch die Privatsender durch ihre zuverlässigen Genossen kontrollieren.
Diese Veranstaltung war meiner Meinung nach, eine gezielte Reaktion auf den Besuch von Herrn Gauck und Herrn Eppelmann im April diesen Jahres in Sofia, auf der beide die großen Erfolge des bürgernahen Zugangs zu dem Machtwissen des führenden Repressionsapparats in der DDR, der Staatssicherheit der hiesigen Kommunistischen Partei, hervorgehoben hatten.

BSP blockiert Aufarbeitung

Einen speziellen "Beitrag" zur Aufarbeitung der kommunistischen Geschichte in Bulgarien leistete sich die BSP nach ihren Wahlsieg im Januar diesen Jahres: Die seit vier Jahren arbeitende Untersuchungskommission zur Aufdeckung von Stasikontakten der Parlamentarier mußte umgehend die Arbeit einstellen! Eine generelle Kassation der Urteile der sogenannten "Volksgerichte", die nach

dem kommunistischen Staatsstreich am 9. September 1944 Tausende Demokraten töten bzw. viele Jahre in Lager einsperren ließen wird es nach den Worten des Justizministers Mladen Schervenjakov nicht geben. Natürlich waren unter den Verurteilten auch Verbrecher, doch nach Aussage des Vorsitzenden des Verbandes Istina, Prof. Dr. Georgi Markow waren die Menschen zu 90 Prozent zu Unrecht verurteilt worden. Der Justizminister: "Die Kassation der Urteile kann individuell erfolgen. Bei positiven Ausgang ist es möglich das damals verstaatlichte Eigentum an die Besitzer zurückzugeben." Doch viele Opfer haben bis heute noch nicht einmal ihr Urteil in der Hand!

Zu den Strafverfahren gegen ehemalige BKP-Funktionäre: "Es sind in Bulgarien keine speziellen Strafverfahren gegen die ehemaligen KP-Funktionäre vorgesehen. Doch im Einzelfall können wir auf Grund unseres Strafgesetzbuches eine Anklage gegen ehemalige Regierungsmitglieder erheben. Zur Zeit laufen Prozesse gegen ehemalige Regierungsmitglieder, dabei geht es um die damals gewährten finanziellen und materiellen Hilfen an Entwicklungsländer (Korruptionsverdacht, Unterschlagung, D.S.). Es gibt zwei Gruppen von Angeklagten. Auf der einen Seite ehemalige KP-Funktionäre und auf der anderen Regierungsmitglieder. Insgesamt sind es 30 Angeklagte. Wir erwarten, daß es eine lange Zeit dauern wird, bevor es zu Urteilsverkündigungen kommen wird. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß die Anklageerhebungen erneut geprüft werden könnten und es letztendlich zur Kassation kommt."



Außenpolitik und ökonomische Daten

Die Außenpolitik der jetzigen BSP-Regierung orientiert sich immer mehr nach Rußland und tendenziell gegen Westeuropa, trotz anders lautender offizieller Statements. Ausgerechnet russische Technik zur Behebung von Sicherheitsmängeln am AKW Kosloduj soll in den nächsten Monaten Abhilfe schaffen.

Abgesehen davon, daß man die Kernkraft ohnehin nicht in einem so dichtbesiedelten Gebiet wie Südosteuropa forcieren sollte und die bestehende Technik mittelfristig abgebaut werden müßte, setzt die bulgarische Regierung auf Technikimport aus russischen Beständen, die nach Einschätzung international renommierter Fachleute nur teilweise so sicher funktioniert, wie die entsprechende Technik aus Westeuropa. Außerdem baut Rußland in den nächsten Monaten das zweite AKW an der Donau auf. Andere Beispiele für diesen Weg sind entsprechende zwischenstaatliche Abkommen zur Lieferung von Erdgas, Erdöl und moderner Waffentechnik aus Rußland.

Einige ökonomische Daten, um die derzeitigen Probleme in der bulgarische Wirtschaft kurz zu charakterisieren :

- Die ausländischen Investitionen betragen seit 1989 ca. 750 Millionen US-Dollar, im Vergleich: Rumänien (1,5 Milliarden $) und Ungarn (8,5 Milliarden $).
- Der Zinssatz fiel von 90 % im vorigen Jahr auf gegenwärtige 40%.
- Von ca. 4.000 Staatsbetrieben sind bis jetzt nur 300 privatisiert worden. Die Massenprivatisierung nach tschechischen Vorbild läuft in diesen Tagen an, doch ist es unwahrscheinlich, daß der tschechische Erfolg in Bulgarien wiederholt werden kann, denn zu viele Unternehmen sind in einem schlechten technischen Zustand.

Seit Oktober werden die Listen der zu privatisierenden Unternehmen veröffentlicht (ca. 1.700 Betriebe). Das Gesetz sieht vor, daß zwischen 25-90% eines Betriebes privatisiert werden kann.

- Nach Worten des Industrieministers Kliment Wutschev ist die Industrieproduktion seit 1989 durchschnittlich um ca. 60% zurückgegangen.
- Der Durchschnittslohn liegt in Bulgarien zur Zeit bei 150 DM. Diese Summe wird nur noch von Serbien, Rumänien und Albanien unterschritten.

Schisma und Präsidentenwahl

Das seit 1990 existierende Schisma der Bulgarischen orthodoxen Kirche ist immer noch nicht beendet, doch zeichnet sich in den letzten Monaten Gesprächsbereitschaft zwischen beiden Heiligen Synoden an.

Und in Anbetracht der Neuwahlen des Nachfolgers von Patriarch Maxim im nächsten Jahr, könnte es sogar zu einer begrüßenswerten Wiedervereinigung kommen, denn in der über 1.100jährigen Geschichte der Bulgarisch orthodoxen Kirche wäre es fatal dieses Schisma weiter aufrechtzuerhalten. Als Nachfolger des Patriarchen hat der Metropolit Simeon, derzeit zuständig für Mittel- und Westeuropa die größten Chancen.

Übrigens hat der Präsidentschaftswahlkampf 1996 schon begonnen, denn der jetzige Präsident, Herr Dr. Shelju Shelev hat seine erneute Kandidatur vor einigen Wochen bekannt gegeben. Er wird dabei vom antikommunistischen Volksbund unterstützt. Die Union der Demokratischen Kräfte wird ihrerseits den Präsidentschaftskandidaten im Februar 1996 auf ihrer nationalen Konferenz küren.

Fortsetzung folgt

DETLEF W. STEIN
NEUES FORUM Berlin

Gethsemane-Spendengelder

Die restlichen der im Herbst 1989 bei der Mahnwache in der Gethsemanekirche gesammelten Spenden wurden jetzt Rechtshilfeorganisationen in Nigeria und Rußland zur Verfügung gestellt. Das hatten am 13. September 1995, nach dreimonatigem Entscheidungsfindungsprozeß, hauptsächlich VertreterInnen der ehemals in der Gethsemanekirche wirkenden Kontakt-Telefon-Gruppe* beschlossen. Vom Neuen Forum waren Dankwart Kirchner und Bärbel Bohley in die Entscheidungsfindung einbezogen worden. Personen aus der Umweltbibliothek, der Kirche von unten, vom Gemeindekirchenrat der Gethsemanekirchgemeinde und vom Stadtjugendpfarramt Berlin sowie ehemalige Mitglieder der Mahnwache wurden über den Vorschlag in Kenntnis gesetzt. Bis zum festgelegten Stichtag, dem 28. September '95 gab es keinerlei Einwände.

Die Gelder waren damals während der Mahnwache gesammelt worden, um Verhafteten Rechtshilfe zu gewähren und um die Demokratieentwicklung in der DDR zu unterstützen. Durch die anhaltenden Proteste gegen die Polizeiübergriffe mußten bekanntlich damals alle politisch Inhaftierten freigelassen und die Ermittlungsverfahren eingestellt werden. Noch am 12. Oktober 1989 war eine Mindestsumme von 40.000 DDR-Mark zur Begleichung von Rechtsanwaltskosten und Geldstrafen gegen vom DDR-Regime zu Unrecht kriminalisierten Menschen für notwendig gehalten worden, wie im Berliner Matthias-Domaschk-Archiv befindlichen Unterlagen zu entnehmen ist. Ganze Arbeitskollektive hatten damals gespendet, die Belegschaft des Berliner St.-Hedwigs-Krankenhauses z.B. 2.500 Ostmark.

Insgesamt waren laut Protokoll des Konsistoriums der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 18.07.1990 Spenden in Höhe von 215.896,62 DDR-Mark eingegangen. 169.100 Ost-Mark wurden im ersten Halbjahr 1990 für humanitäre Rumänienhilfe (125.000 M) und Hilfe für die Kinder von Tschernobyl (40.000 M) ausgegeben. Nach der Währungsunion standen noch 23.398,31 DM zur Verfügung.

Das auf einem Konto bei der Bank für Kirche und Diakonie befindliche Geld war Ende 1995 durch Zinsen auf einen Betrag von 34.650,92 Mark angewachsen. Jeweils 17.325,46 Mark sind Ende November 1995 auf Konten der Ogoni Community Association (OCA) und des Deutsch-

Eklatanter Verstoß gegen Bürgerrechte

Zur Bundesratsinitiative gegen Korruption erklärt der Bundesverband des NEUEN FORUM:

Der Bundesrat hat am Freitag, den 03.11.1995, eine Gesetzesinitiative zur Bekämpfung von Korruption beschlossen. Das Paragraphenwerk sieht unter anderem das Abhören der Telefone von Verdächtigen und Strafverschärfungen vor. Damit wird von den großen Parteien erneut vergeblich versucht, mit symbolischer Gesetzgebung politische Kompetenz und Handlungsfähigkeit zu beweisen. Von Unions-geführten Ländern war nichts anderes zu erwarten. Es verwundert auch nicht, daß die SPD, allen voran die Berliner Justizsenatorin Peschel-Gutzeit, hilflos auf Ordnungspolitik setzt. Diese Mehrheitsbeschafferpartei hat sich weit vom einstigen Brandt'schen Credo „Mehr Demokratie wagen" entfernt.

Statt in der Repression das Allheilmittel für alle gesellschaftlichen Probleme zu sehen, sollte man über effektivere Maßnahmen nachdenken. Geändert werden sollten z.B. Strukturen der öffentlichen Ämter, in denen die Sumpfblüte Korruption gedeihen kann.

Das NEUE FORUM als originäre Bürgerrechtsbewegung verurteilt aufs schärfste die fortschreitende Aushebelung von Bürgerrechten und die schleichende Einführung des Großen Lauschangriffs in der Bundesrepublik.

Berlin, den 06.11.1995

FÜR DAS NEUE FORUM

MICHAEL BAEHR, MATTHIAS BÜCHNER, KAROLIN SCHUBERT

Stellenausschreibung

Der Bundesverband des NEUEN FORUM sucht zum 01.03.1996 **eine Finanzexpertin bzw. einen Finanzexperten**, die/der die Jahresabrechnung des Bundesverbandes für das Jahr 1995 auf Honorarbasis übernimmt.

Die Jahresabrechnung muß den Anforderungen des Parteiengesetzes genügen. Zur Tätigkeit gehört die ständige Zusammenarbeit mit der vom Bundeskoordinierungsrat beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Einstellungsvoraussetzungen sind Buchhaltungskenntnisse sowie Kenntnisse in den EDV-Programmen MS Excel bzw. Lotus 1-2-3 und MS Money.

Bewerbungen sind bis zum 25.02.1996 unter Angabe der Höhe des Honorarwunsches an die Bundesgeschäftsstelle des NEUEN FORUM zu richten. (Adresse letzte Seite)

Russischen Austausches überwiesen worden.
Bei einem Pressegespräch am 6. Oktober 1995, an dem auch der Vorsitzende der Rechtsanwaltsvereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte, Juri M. Schmidt aus St. Petersburg, teilnahm, war die Entscheidung öffentlich gemacht worden. Die Spenden sollen weiterhin zur Wahrung der Menschenrechte eingesetzt werden, sagte Marianne Birthler auf der Pressekonferenz. Am Rechtshilfeprojekt in Rußland sollen vor allem das Komitee der Soldatenmütter (Einsatz für Wehrdienstverweigerer und Deserteure) und die antistalinistische Vereinigung "Memorial" partizipieren. Die Ogoni Community Association vertritt die Interessen inhaftierter Ogoni, die sich gewaltfrei gegen die Zerstörung ihres Landes durch die nigerianische Militärdiktatur und den Shell-Konzern zur Wehr setzen. Nach der Ermordung von Ken Saro-Wiwa und acht weiteren Oppositionellen droht im Februar 1996 erneut 19 Oppositionellen ein Militärprozeß. Beim traditionellen Ogonitag am 4. Januar 1996 erschossen niegeianische Sicherheitskräfte sechs Ogoni, viele wurden verwundet, eine große Anzahl verhaftet, darunter Ledum Mitee, Präsident der MOSOP, der Selbstorganisation der Ogoni. Derzeit sind insgesamt 56 Ogoni inhaftiert.

Gerold Hildebrand

(*) Die Kontakttelefongruppe, bestehend aus Vertreter/innen Berliner oppositioneller Basisgruppen war zuständig für den Informationsaustausch zwischen den Gruppen und hielt den Kontakt zu Journalisten (Informationsweitergabe über Veranstaltungen, Verhaftungen, Mahnwachen, Demonstrationen ...).
Es arbeiteten mit:
Mario Albrecht (Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer), Marianne Birthler (AK Solidarische Kirche, Stadtjugendpfarramt), Till Böttcher (Umweltbibliothek Berlin), Kerstin Drischner (AK homosexuelle Selbsthilfe - Lesben in der Kirche), Werner Fischer (Initiative Frieden und Menschenrechte), Jürgen Gernentz (Friedenskreis Gethsemane), Uwe Gottschling (Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer), Gerold Hildebrand (Umweltbibliothek Berlin), Margitta Hinze (Friedenskreis Weißensee), Dankwart Kirchner (Friedenskreis Gethsemane), Marinka Körzendörfer (AK homosexuelle Selbsthilfe - Lesben in der Kirche), Uwe Kraeusel (Friedenskreis Samariter), Klaus Kupler (Friedenskreis Weißensee), Gabi Listing (Friedenskreis Immanuel, Konkrete Solidarität), Katrin Menge (Gruppe Wahlbeobachtung), Ulrike Poppe (Frauen für den Frieden), Christoph Singelnstein (Friedenskreis Golgatha), Reinhard Weißhuhn (Initiative Frieden und Menschenrechte), Harald Zientek (Friedenskreis Erlöser).

Köppe an Herzog

Als für die Bundesverdienstkreuzverkleihung Vorgeschlagene sandte Ingrid Köppe am 4.10.95 folgenen OFFENEN BRIEF an den Bundespräsidenten, Herrn Roman Herzog

Sehr geehrter Herr Herzog,

in einem Schreiben vom 18.9.95 teilte mir die Ordenskanzlei des Bundespräsidialamtes mit, daß Sie beabsichtigen, mich am 8.10.1995 mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland auszuzeichnen.

Dieser Brief erreichte mich in einer besonderen Situation: Ich stand noch ganz unter dem Eindruck der erst wenige Tage zuvor stattgefundenen Durchsuchung meiner Wohnung und der Beschlagnahmung persönlicher Unterlagen durch die Staatsanwaltschaft Bonn und Staatsschutzbeamte des Berliner Landeskriminalamtes.

Die Staatsanwaltschaft Bonn führt unter dem Aktenzeichen 60 Js 1102/94 gegen mich ein Ermittlungsverfahren „wegen Verdachts der Verletzung einer besonderen Geheimhaltungspflicht". Dabei geht es um das Bekanntwerden meines Abschlußberichtes zum Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages zu Schalck-Golodkowski und dem KoKo-Imperium.

Vielleicht verstehen Sie meine Verwunderung über so gegensätzliche Erfahrungen mit Vertretern des Staates in so kurzer Zeit. Einerseits verdächtigt mich die Anwaltschaft des Staates, eine Straftäterin zu sein. Andererseits wollen Sie, der oberste Repräsentant des Staates, mich mit einem Orden auszeichnen.

Sie wollen „die Verdienste der Bürgerrechtsbewegung von 1989 würdigen und diejenigen, die mit ihrer friedlichen Revolution die Wende in der ehemaligen DDR bewirkt und vorangetrieben haben, in einer besonderen Ordensaktion würdigen".

Die Entwicklung seither ist teilweise jedoch den Zielen der Bürgerbewegung zuwider verlaufen, was mich an der realen Bedeutung unserer damaligen Bemühungen sowie der Veranlassung, diese jetzt mit einem Orden auszuzeichnen, zweifeln läßt.

Die Bürgerbewegung von 1989 wollte die Gesellschaft von Grund auf neu gestalten. Vorbedingung für eine Umgestaltung der Gesellschaft war für uns die Abschaffung des Führungsanspruches der SED und die Beseitigung der alten Repressionsapparate, besonders des Ministeriums für Staatssicherheit, dem „Schild und Schwert der Partei".

Wir waren der Überzeugung, daß ein Geheimdienst erst dann wirklich aufgelöst und abgeschafft ist, wenn es nichts Geheimes um ihn mehr gibt, und forderten deshalb die vollständige und schonungslose Offenlegung von Strukturen, Mitarbeitern und Arbeitsweise des MfS.

Ich habe an der Auflösung des MfS mitgewirkt und war auch nach 1989 als Abgeordnete in der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung sowie bis 1994 im Deutschen Bundestag mit der Stasi-Thematik befaßt.

Unsere Hoffnungen auf eine vollständige Offenlegung der Stasi-Vergangenheit, auf eine politische und juri-

stische Aufarbeitung haben sich nicht erfüllt. Auch deshalb nicht, weil Behörden und Parteien der Bundesrepublik Deutschland dies mehrfach verhindert haben:

- Während wir ab 1989 auf der Suche nach Einrichtungen des MfS, konspirativen Objekten und Tarnfirmen waren und versuchten, die geheimen Strukturen der Stasi zu ergründen, um deren Weiterarbeit endgültig zu verhindern, hatten Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland längst konkrete Kenntnisse über Objekte, Mitarbeiter, Firmen und Arbeitsweise des MfS, die jedoch nicht für eine Information der Öffentlichkeit, sondern als geheimes Herrschaftswissen genutzt wurden.

- Schon zu Wendezeiten standen Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland - wie Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz - in konspirativen Kontakten zu MfS-Mitarbeitern und kauften ihnen ihr Insiderwissen ab, um es weiterhin geheim zu halten. Detaillierte Angaben dazu finden Sie in meinem leider noch immer als „Geheim" klassifizierten KoKo-Bericht.

- Wir fordern die Öffnung der Stasi-Akten, um sowohl den Einfluß des MfS auf Einzelschicksale als auch auf die gesamte Innen- und Außenpolitik der DDR sichtbar machen zu können.

Zwar ist es heute jedem Bürger und jeder Bürgerin möglich, Einsicht in die vom MfS über sie angelegten Akten zu nehmen. Doch vergessen wir nicht: wäre es nach dem Willen der Verhandler des sogenannten „Einigungsvertrages" gegangen, lägen die MfS-Akten jetzt verschlossen im Bundesarchiv in Koblenz. Nur der massenhafte Protest vieler Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands hat daran letztendlich etwas geändert.

Die Öffentlichkeit aber kann heute nicht nachprüfen, wieviele Akten zu Wende- und in Folgezeiten aus dem Stasi-Akten-Bestand ausgesondert wurden. Noch immer ungeklärt ist dabei die Rolle von Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland.

. Wir wollten verhindern, daß hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS erneut Einfluß auf die Politik erlangen könnten. Davon hing für uns wesentlich die Glaubwürdigkeit eines politischen Neuanfangs ab.

Dieses Ziel haben wir jedoch entscheidend verfehlt.

Heute läßt sich eine lange Liste der bisher enttarnten inoffiziellen Mitarbeitern des MfS erstellen, die nach 1989 als Parteifunktionäre, Abgeordnete und Regierungsmitglieder in der Politik tätig waren bzw. es bis heute noch sind. Parteien haben seit 1989 ehemaligen inoffiziellen Mitarbeitern des MfS Posten und politischen Einfluß verschafft. Die „freiwillige" Überprüfung von Parlamentariern des Deutschen Bundestages auf eine frühere Tätigkeit beim MfS ist eine Farce. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS sind auch in den bundesdeutschen Parteien gerngesehene und gebrauchte Akteure.

- Oberste Gerichte der Bundesrepublik Deutschland haben sich mehrfach für Täterschutz entschieden und Personen, die in der DDR objektiv schweres Unrecht zu verantworten haben, mit milden bzw. verständnisvollen Urteilen, Verfahrenseinstellungen oder Freisprüchen bedacht mit der Begründung, deren Verhalten habe den Gesetzen oder Gepflogenheiten in der DDR entsprochen: z.B. Post- und Telefonkontrolleure, Spione, Richter und Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Denunzianten u.a.m. In dieser Begründung liegt faktisch eine nachträgliche Anerkennung von Exekutive und Justiz der DDR. So droht die juristische Verarbeitung der SED-Diktatur ähnlich zu mißlingen wie einst die des NS-Regimes.

- Wir haben bei der Auflösung des MfS nicht nur Erkenntnisse über diesen Geheimdienst der DDR, sondern auch Einblick in Wesen und Arbeitsmethoden jeglicher Geheimdienste gewonnen.

Die Auseinandersetzung mit der Stasi-Thematik hat für mich nicht nur historischen Bezug, sondern ist auch Anlaß, darüber nachzudenken, wie Bürgerrechte vor staatlicher Kontrolle jedweder Herkunft geschützt werden können.

Heute stehen wir weitreichenden Befugnissen von Geheimdiensten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber. Der Auslandsgeheimdienst BND darf inzwischen auch im Inland aktiv werden. Neue Polizeigesetze erlauben dem Staat immer stärkere Eingriffe in Persönlichkeitsrechte. Längst ist das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nicht mehr „unverletzlich". Kleine und große Lausch- und Spähangriffe auf Bürgerinnen und Bürger sind Realität.

Bürgerrechte werden leichtfertig zugunsten staatlicher Überwachung aufgegeben. Solch ein politischer Kurs führt geradewegs zum Überwachungsstaat.

- Nach unseren Erfahrungen mit der vor den Bürgerinnen und Bürgern abgeschotteten Geheimpolitik der SED und ihrer Blockparteien forderten wir 1989 Transparenz und Öffentlichkeit von politischen Entscheidungen. Heute sind Geheimgremien und unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagende Ausschüsse in Parlamenten durchaus übliche Ebenen der Politikgestaltung.

Für die Regierung unbequeme Wahrheiten werden auch hierzulande mit einem „Geheim"-Stempel unter Verschluß ge- und der Öffentlichkeit vorenthalten.

So kann z.B. der Inhalt meines Berichtes über den Bereich KoKo sowie dessen vielfältige Verstrickung auch mit der westdeutschen Politik und Wirtschaft bis heute nicht öffentlich zur Kenntnis genommen und debattiert werden.

- Bei den laufend wiederkehrenden Forderungen nach einer Amnestie bzw. „begrenzten Straffreiheit", nach einer Schließung der Akten bzw. nach einem Schlußstrich unter die Geschichts-Aufarbeitung bilden inzwischen selbst führende Repräsentanten von Staat und Politik (allen voran Ihr Amtsvorgänger sowie der Bundeskanzler) eine faktische Koalition mit der SED-Nachfolgepartei PDS.

Diese Forderungen widersprechen den Zielen der Bürgerbewegung von 1989.

Angesichts dieser - hier nur kurz zusammengefaßten - Bilanz des Wirkens der Bürgerbewegung, muß ich heute feststellen: Unsere Bemühun-

gen vor allem um gesellschaftliche Transparenz sowie um Freiheit vor staatlicher Überwachung hatten keine anhaltenden Auswirkungen auf die Politik in Gesamtdeutschland. Das Vorhaben, nun einigen damals exponierten Personen einen Orden der Bundesrepublik Deutschland zu verleihen, steht im Gegensatz zu realen Geringschätzung der Anliegen der Bürgerbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Dies empfinde ich durchaus - wie eingangs geschildert - auch in Bezug zu meiner persönlichen Situation.
Einen Orden der Bundesrepublik Deutschland für mein politisches Engagement 1989 lehne ich deshalb ab. Ich weiß, daß Sie, Herr Bundespräsident, sich in der Vergangenheit mehrfach gegen ein Verdrängen und Vergessen unserer Vergangenheit geäußert haben. In der Hoffnung, daß Sie sich persönlich auch in Zukunft für diese Anliegen verwenden, verbleibe ich

mit freundlichem Gruß
INGRID KÖPPE

Rede im Namen der mit dem Bundesverdienstkreuz Ausgezeichneten

Leipzig, den 8. Oktober 1995

Herr Bundespräsident, Herr Ministerpräsident, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

ich möchte Ihnen einige Überlegungen vortragen, auf die wir uns gemeinsam verständigt haben. Wir freuen uns, daß sie Herr Bundespräsident, hier in Leipzig an eine Zeit erinnern, die für viele von uns die wichtigste Zeit ihres Lebens war. Der Mut vieler ostdeutscher Frauen, Männer und Jugendlicher hat dem Protest des Herbstes 1989 seine starke Dynamik gegeben - gerade hier in Leipzig. Und wir freuen uns darüber, daß sie uns, stellvertretend für andere bekannte und ganz unbekannte Personen, heute mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet haben. Wir danken für diese Ehrung.

Einige von uns haben aber auch gezögert, anzunehmen; einmal kennt jede/r von uns Menschen, die es auch oder sogar mehr verdient hätten, heute dabei zu sein. Zum anderen erschien es uns damals, als wir aktiv wurden nicht als etwas Besonderes und Außergewöhnliches, mitzuwirken an der Veränderung und Demokratisierung der Gesellschaft, unter deren Deformation wir litten. Wir haben einfach getan, was wir tun mußten.
Wir möchten aber auch an die Menschen erinnern, die in früheren Jahrzehnten in der DDR für Freiheit und Menschenrechte mehr riskiert und größere Opfer gebracht haben.
Wir erinnern ebenso an die Charta 77 in der Tschechoslowakei und an Solidarnosc in Polen, deren entschlossenes Handeln für uns eine große Ermutigung war. In unserem Lande war Zivilcourage selten. Um so wichtiger war es, als wir zu unterschiedlichen Zeiten, besonders zahlreich im Jahre 1989, lernten, unsere Angst abzulegen und dem Anpassungsdruck nicht mehr nachzugeben.
Diejenigen, die im Frühjahr 1989 die Fälschung der Kommunalwahlen aufgedeckt hatten, diejenigen, die auf Veranstaltungen im kirchlichen Raum ihre Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung formuliert hatten, die Künstler und Intellektuellengruppen, die sich widerständiges und eigenständiges Verhalten herausnahmen, auch die Masse der meist jugendlichen Ausreiser im Sommer 1989 - sie alle hatten auf ihre Weise zu sich selbst gefunden.
Wir haben dann erlebt, wie die Erneuerungsprogramme, die zunächst in kleinen Zirkeln angedacht und dann formuliert wurden, von breiten Bevölkerungsschichten aufgenommen und auf die Straßen getragen wurden. Nie werden wir vergessen, wie die einstigen Untertanen den Mächtigen ihre Gefolgschaft aufkündigten und sie somit ihrer Übermacht beraubten.
Derartige Erinnerungen bringen aber auch Bedenken und Problembereiche zutage.
Es kann uns nicht gleichgültig sein, daß viele der einst Protestierenden von 1989 den aufrechten Gang und das selbstbestimmte Leben als zu mühsam ansahen. Nach den ersten Erfolgen oder gar nach der Einheit gaben sie diese Haltung wieder auf. Alte Anpassungsmentalität und neue Mutlosigkeit waren die Folge. Wo in der kommunalen Selbstverwaltung, in der Gewerkschaftsarbeit, bei der politischen Willensbildung, im sozialen, kirchlichen und kulturellen Bereich eigene engagierte Mitarbeit gefragt war, fanden und finden sich oft zu wenig Aktive, blieben zu viele Lücken.
Offensichtlich brauchen wir noch viele Jahre, um die Schäden, die zwei Diktaturen in den Seelen und Köpfen der im Osten lebenden Menschen angerichtet haben zu überwinden. Wir, die heute geehrt werden, wenden uns an unsere Landsleute mit der Bitte: Erinnert Euch an die Kraft des Herbstes 1989, als wir uns gegen Parteidiktatur und für Menschenwürde, Demokratie, für Freiheit und Bürgerrechte stark gemacht haben.
Unseren Landsleuten im Westen sagen wir: Ostdeutsche sind nicht nur Kostenverursacher. Sie bringen mit ihrer Erfahrung des Aufbegehrens gegen die Diktatur und mit ihrem Willen zur Freiheit Wichtiges in das gemeinsame Land ein. Die deutsche Geschichte ist nicht besonders reich an republikanischen Tugenden und Freiheitsrevolutionen. Deshalb soll die Erinnerung an 1989 nicht unter Wert verkauft werden. Deutschland und die Deutschen sind ansehnlicher geworden durch 1989.
An diesem Tag der Erinnerung wird uns bewußt:
Wir haben es geschafft - gewaltfrei und dennoch entschlossen -, ein Land zu verändern. Aus dem politischen Protest entwickelte sich die Demokratisierung der DDR 1990 und, fortlaufend immer stärker, der Wunsch nach der Einheit Deutschlands. Wir haben diese Prozesse 1989/90 an der Basis oder im Parlament mitgestaltet.

Auch heute sind auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene viele aktiv in unterschiedlichen Parteien und Gruppen. Andere sind nach vorübergehender öffentlicher Aktivität in ihr früheres berufliches oder privates Umfeld zurückgekehrt. Für uns alle gilt:
Die Ziele von 1989 sind nicht verkommen. Bürgerliche Freiheiten, Meinungs- und Reisefreiheit, freie Wahlen, Gewaltenteilung - diese politischen Ziele wurden erreicht, wenn auch zum Teil nur dadurch, daß wir im Westen erreichtes und Erarbeitetes annahmen. Dabei hatten wir zu lernen, daß das Ankommen in einer freien Gesellschaft nicht das Ende von Arbeit und Engagement bedeutet. Die demokratische Gesellschaft ist nicht am Ziel. Sie ist sogar ständig in Gefahr. Nicht nur, daß weltweit Repression und Diktaturen unzählige Menschen bedrohen. Ungelöste eigene wirtschaftliche und soziale Probleme führen zu Enttäuschung und Entmutigung vieler Bürger und zu ihrem Rückzug in private Nischen.
Wir sind fest überzeugt, daß auch die Demokratie, in der wir leben, unsere Zivilcourage braucht. Wer meint, daß die Demokratie schon vollendet sei, gefährdet die Demokratie; er hat etwas für abgeschlossen erklärt, das doch immer der Weiterentwicklung und damit des Engagements mündiger Bürger bedarf.
Wenn wir heute diese Ehrung entgegennehmen, treten wir nicht in den politische Ruhestand. Wir wollen auch künftig an der Fortentwicklung gerechter und demokratischer Verhältnisse im vereinigten Deutschland mitwirken. */Ulrike Poppe/*

Folgende Bürgerrechtler erhielten am 8. Oktober 1995 in Leipzig das Bundesverdienstkreuz:

Marianne Birthler , Berlin; Bärbel Bohley(*), Berlin; Ulla Dittmann, Dresden; Monsignore Dr. Karl-Heinz Ducke, Berlin; Werner Fischer, Berlin; Pfarrer Christian Führer; Leipzig, Joachim Gauck, Berlin; Dietlind Glüer, Rostock; Martin Gutzeit, Berlin; Udo Haschke, Jena; Katja Havemann, Grünheide; Hanna Hoppe, Dresden; Erich Iltgen, Präsident des Sächsischen Landtags, Dresden; Hans-Christoph Jaekel, Quedlinburg; Thomas Küttler, Superintendent, Plauen; Uta Loheit, Schwerin; Markus Meckel, MdB; Berlin, Günter Nooke, Berlin; Gesine Oltmans, Leipzig; Rudi Pahnke, Borksdorf/Nordbahn; Ulrike Poppe, Berlin; Uwe Schwabe, Leipzig; Dr. Rudolf Tschäpe, Potsdam; Arnold Vaatz, Staatsminister; Cossebaude, Konrad Weiß, Berlin; Bernd Wittchow, Hermersdorf; Christoph Wonneberger, Pfarrer i.R., Leipzig.
(*) war nicht selbst anwesend

„Ich nehme mir diese geistige Freiheit“

Für Bärbel Bohley ist es klar: Sie will Gregor Gysi auch weiterhin einen Stasispitzel nennen dürfen. Deshalb hat sie Berufung eingelegt beim Oberlandesgerichts Hamburg gegen eine Entscheidung des Landgerichtes, das ihr diese Äußerung untersagte. Am 21. November fand die Berufungsverhandlung statt.
Diese Äußerung sei aus der Erfahrung ihrer DDR-Jahre entstanden und aus Recherchen und Gesprächen zu diesem Thema seit der Wende. „Die IM-Akte von Gregor Gysi kann ich natürlich nicht vorlegen“, es sei aber eine wichtige Frage für sie, wer in der DDR wie verraten hat. Und daß Gregor Gysi verraten hat, gehe aus ihren MfS-Akten und den Akten ihrer Freunde hervor. Sie habe Gregor Gysi nicht beauftragt, mit dem MfS zu reden: „Er handelte ohne mein Einverständnis.“ Dieses Verhalten Gregor Gysis habe sie auch gegenüber Freunden gefunden.
Für Bärbel Bohley ist es notwendig, in dieser Verhandlung Zeugen und Sachverständige zu hören. Zeugen wie Katja Havemann, die davon berichten könne, wie Gregor Gysi als junger Anwalt plötzlich bei Robert Havemann auftauchte, nachdem sein Anwalt Götz Berger Berufsverbot erhielt. Zeugen könnten die Widersprüche aufhellen: Rudolf Bahro könnte aussagen, warum er Gregor Gysi heute unterstützt. Sachverständige könnten Gregor Gysis Stellung im Rechtssystem der DDR klarstellen. Er, der Vorsitzender aller Rechtsanwälte in der DDR war. „Auch wenn heute die DDR vor Gerichten wieder zu einem Rechtsstaat gemacht werden soll: Sie war es nicht, und ich nehme mir die geistige Freiheit zu dieser Wertung und werde sie auch weiterhin äußern“, schließt Bärbel Bohley.
Die Vorsitzende Richterin glaubt Bärbel Bohley, daß sie von ihrer Äußerung überzeugt sei. Das Gericht müsse aber auf Grund eines konkreten Zeitungsartikels entscheiden. Dieser sei, so eröffnete sie die Verhandlung, eine Tatsachenbehauptung und keine Meinungsäußerung und müsse deshalb bewiesen werden. Die dafür eingereichten Beweise reichten nicht aus. Das Gutachten der Gauck-Behörde reiche nicht und auch nicht die Zeugenaussage von Katja Havemann. Sie könne nur sagen, daß ein Gespräch stattgefunden habe, über das sich in den Stasiakten eine Notiz findet. Die Notiz angefertigt zu haben, bestreite Gregor Gysi gar nicht, nur sei dies für sein Büro und nicht für die Staatssicherheit passiert. Einen Verdacht, daß Gregor Gysi ein Stasispitzel sei, könne sie, Bärbel Bohley, jederzeit äußern.
Uwe Lehmann-Brauns, Bärbel Bohleys Berliner Anwalt, ist es „nicht einsichtig“, warum es eine Tatsachenbehauptung und keine Meinungsäußerung sei. Sie habe eine Wertung übernommen, zu der das Gauck-Gutachten kommt: **Kein anderer als Gregor Gysi könne hinter den Decknamen „Notar“, „Gregor“ und „Sputnik“ stehen. Sie habe auch nie behauptet, daß er Inoffizieller Mitarbeiter gewesen sei.** Wenn das Gericht aber davon ausgeht, daß es eine Tatsachenbehauptung gewesen sei, so könne Bärbel Bohley dies tun, wenn sie „berechtigte Interessen“ habe. Und die hätte sie ja wohl als MfS-Opfer, als Person der Zeitgeschichte und als Vertreterin einer politischen Gruppe.

Den Verdacht, er sei ein Stasispitzel, könne sie ja äußern, wenn sie will, meint Gregor Gysis Anwalt: „Warum reicht ihr das nicht? Sie will die Zuspitzung." Und genau das sei der Streitpunkt. Das Gauck-Gutachten über seinen Mandanten gleiche eher einer Kampfschrift. Die Behörde hätte nur die aufgefundenen Akten zu werten. Ein Urteil über die Tätigkeit Gregor Gysis bleibe aber einem Gericht vorbehalten: „An diesem Punkt sind wir hier." Ein Entscheidung des Gerichtes gegen sie wird Bärbel Bohley nicht davon abhalten, ihre Meinung zu sagen: „Die Äußerung habe ich nicht aus dem Blauen heraus gemacht. Dafür gehe ich auch ins Gefängnis!"

Michael Stognienko
Havemann-Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung
Neues Forum

Havemannprozeß: Abbruch

Der Prozeß gegen die Havemann-Richter muß neu beginnen.
Wer am 6. Dezember in Frankfurt/Oder im Landgericht auf die letzte Sitzung im Verfahren gegen die Richter und Staatsanwälte wartete, die Robert Havemann zu DDR-Zeiten im Parteiauftrag nachstellten, wartete vergebens. Der am Tag zuvor gefaßte Beschluß, den Laienrichter Wachsmann wegen Befangenheit zu entlassen und damit das ganze Verfahren nach 22 Verhandlungstagen (Der Prozeß begann im Juni 1995.) mangels Richterersatz abzubrechen, wurde nicht im Gerichtssaal verkündet.
Der Pressesprecher des Gerichts erklärt kurz, dem Antrag des Staatsanwaltes sei entsprochen worden. Der Grund für die Befangenheit Wachsmanns: Er habe gegenüber einem Verteidiger geäußert, er wisse schon, wie das Verfahren ausgeht: Freispruch wegen Mangel an Beweisen. Der Pressesprecher stellt klar, daß der Laienrichter wegen Befangenheit entlassen wurde. Damit müsse nicht mehr über das Schlafen Wachsmanns in der letzten Sitzung, protokolliert durch die Staatsanwaltschaft - „Um 15.16 Uhr schlief er endgültig ein." - entschieden werden. Das Verfahren solle aber bald wieder aufgenommen werden.
Vergebens warten auch Katja Havemann, einige Verteidiger, ein Fernsehteam und weitere Journalisten. Ein vom Gericht bestellter Gutachter macht gleich auf dem Bahnhof kehrt. Die Protokollführerin kommt in Robe und entfernt den Gerichtsaushang mit den nächsten Verhandlungsterminen. Die Kamera hielt den Vorgang fest. Katja Havemann vermißt die öffentliche Bekanntgabe des Abbruchs. Sie zeigt sich enttäuscht, daß das Verfahren nach so vielen Verhandlungstagen abgebrochen werden mußte. Sie hofft, daß es bald wieder aufgenommen und die Beweisaufnahme wieder so umfangreich wird.
Vergebens kommt auch der befangene Laienrichter Wachsmann. Recht wach und mit Cowboyhut erklärt er, „die Entscheidung müsse doch heute verkündet werden." Die Äußerung, die zum Abbruch des Verfahrens führte, habe er so nicht getan. Seinen letzten Auftritt hielt die Kamera ebenfalls fest. In Frankfurt/ Oder ist er kein Unbekannter. Als Ortsansässige erfuhren, daß Wachsmann Laienrichter im Verfahren ist, lachten sie sich halb tot, berichten Journalisten. In den fünfziger Jahren soll er aus dem Westen gekommen sein. Redakteur einer Betriebszeitung und in der Kampfgruppe soll er gewesen sein. Für die PDS soll er nach der Wende eine Zeit lang Informationsmaterial gedruckt haben. Er sei „stadtbekannt", sagt einer der Journalisten. Der ehemalige Laienrichter Wachsmann zückt eine Kleinbildkamera und fotografiert Katja Havemann. „Ein Erinnerungsfoto", sagt er und gibt ihr seine Visitenkarte: "WPW - Weltoffenes Pressebüro Wachsmann".
Am 5. Dezember mußte ein Prozeß in Frankfurt/Oder abgebrochen werden, weil ein Laienrichter befangen war. Wenn er gerade nicht der Verhandlung folgte, deren Ergebnis er angeblich schon wußte, dann schlief er.

Zu Anfang des Prozesses verkündete der Vorsitzende Richter, ein wichtiges Stück DDR-Geschichte werde aufgearbeitet. Zeugen wie Katja Havemann, Wolf Biermann, Manfred Wilke und Pfarrer Meinel wurden gehört und ausführlich Dokumente aus SED- und MfS-Archiven verlesen. Insgesamt vier Berufsrichter, drei Laienrichter, zwei Staatsanwälte, zwei Gutachter und für jeden der sieben Angeklagten zwei Verteidiger waren anwesend. Allein die Gutachter verursachten nach der Rechnung eines der Verteidiger Kosten von eintausend Mark pro Verhandlungstag. Bei der Neuaufnahme des Prozesses wird sich vieles wiederholen. Auch auf den Zuschauerplätzen: Die einen werden Aufklärung fordern, die anderen die Angeklagten verteidigen.
Die bitterste Lektion bei der Auseinandersetzung um die Vergangenheit ist es, daß ein schläfriger Laienrichter die Wahrheitsfindung zumindest verzögern kann.
In Frankfurt an der Oder wird der Prozeß am 10. Januar 1996 neu beginnen. An diesem Tag und am Tag darauf wird Katja Havemann erneut aussagen.

06.12.1995

Michael Stognienko (s.o.)

Gegen folgende Personen wird verhandelt:

Peter Paul Schmidt, Frankfurt/O. (ehem. Richter), Elfriede Korsing, Frankfurt/O. (ehem. Richterin), Wilhelm Pilz, Bad Saarow-Pieskow (ehem. Staatsanwalt, IM "Willi"), Hans-Günther Grutza (ehem. Richter, IM "Turm"), Nikolaus Hauke, Fürstenwalde (ehem. Richter, IM "Klaudio"), Eleonore Heyer, geb. Janz, Berlin (ehem. Staatsanwältin), Sigrid Hucke, Frankfurt/O. *(vgl. Stern 29/95)*

Offener Brief zur Schalck-BND-Connection

Sehr geehrter Herr Häfner,
Verehrte Mitglieder der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne!

Am 2.10.95 fand im Rathaus Berlin-Schöneberg eine Anhörung unter dem Titel: „Vergessene Opfer? Eine Zwischenbilanz der SED-Unrechtsbereinigung“ statt. Ich möchte mich hiermit auch für Ihre Einladung an mich bedanken. Die Anhörung wurde durch Ihre Fraktion initiiert und durch Herrn Gerald Häfner geleitet. Herr Häfner machte eingangs darauf aufmerksam, daß die Veranstaltung dazu dienen soll, bestehende Mängel und Ungerechtigkeiten im bisherigen Prozeß der SED-Unrechtsbereinigung aufzuhellen, Vorschläge und Forderungen zu deren Überwindung aufzunehmen und im Deutschen Bundestag zur kritischen Bewertung zu stellen.

In der fast 7-stündigen Anhörung machten vor allem die Sprecher und Vertreter der Verfolgtenverbände übereinstimmend deutlich, daß überwiegend Unrecht durch die bisherige Gesetzgebung nicht ausgeglichen wurde und Entschädigungen nur in verhältnismäßig geringem Maße - wenn überhaupt - bereitgestellt wurden. Insbesondere das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, die Situation der Vertriebenen aus den Grenzgebieten der DDR zur alten BRD und der zur Zwangsarbeit in russische Lager verschleppten Zivilisten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden durch Betroffene als drastisch ungerecht beschrieben.

Dabei wurde immer wieder betont, daß gegen die Verantwortlichen (die Entscheider und die Vollstrecker) der SED-Diktatur durch die bundesdeutschen Gerichte - wenn überhaupt - nur äußerst geringe Strafen ausgesprochen wurden. Durchgängig wurde beklagt, daß jene immer noch oder schon wieder mit Duldung der offiziellen Politik Machtpositionen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung besetzen. Jetzt soll sogar noch darüber entschieden werden, ob die ehemaligen DDR-Staatsdiener die damals für sie vorgesehenen Sonderrenten zugesprochen bekommen sollen.

Während der Anhörung hatte ich in einem Beitrag versucht, einen möglichen Hintergrund dieser grotesken Situation darzustellen. Nun möchte ich - um Aufklärung zu fördern - diesen Beitrag mit den dazugehörigen Forderungen schriftlich wiederholen:

Um die offensichtlichen Hintergründe der neuen Widersprüche und Ungerechtigkeiten bei der Behandlung von Tätern und Opfern zu erkennen, muß auch die Geschichte der Einigungsverhandlungen zwischen den Regierungen der BRD und der DDR (Modrow, de Maiziére) in Betracht gezogen werden. Dabei geht es nicht nur um die offiziellen Verhandlungen, sondern insbesondere um die inoffiziellen Verhandlungen, wie sie zwischen Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes der BRD und Vertretern des Ministerium für Staatssicherheit der DDR stattgefunden haben und durch den Schalck-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages zu Tage gefördert wurden.

In entsprechenden Dokumenten (hier: Abweichender Bericht der Berichterstatterin der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen im 1. Untersuchungsausschuß, Ingrid Köppe. MdB) heißt es:

Schalcks Einschätzung zur DDR Entwicklung (gemeint ist MfS-Oberst A. Schalck-Golodkowski d.A.)

Am 29.03.1990 notierte ein BND-Mitarbeiter die Ergebnisse von Befragungen Schalcks am 08.03.90 und 28.03.90 und teilte anderen BND-Abteilungen und dem Präsidenten mit, daß „während der Gespräche Erkenntnisse, Bewertungen/Meinungen etc. anfielen, die für die Beurteilung der aktuellen innenpolitischen Situation in der DDR von Bedeutung sind“.

„- Gesprächspartner sieht die derzeitige Tätigkeit der Bürgerkomitees und der Runden Tische (Verdächtigungen wegen Kontakten zum MfS) als die Gefährdung der Demokratie. Ihre Tätigkeit müsse schleunigst einem rechtsstaatlichen Handeln weichen...
- Gesprächspartner begrüßt den Vor-

GEHEIMDIENSTE

BND gegen Bürger

Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat nach der ersten freien Volkskammerwahl der DDR im März 1990 empfohlen, die Bürgerbewegungen der DDR auszuschalten. In einer Meldung des Geheimdienstes an die Bundesregierung von Ende April 1990, die jetzt mit dem geheimen Schalck-Abschlußbericht der Bundestags-Abgeordneten Ingrid Köppe, Bündnis '90/Grüne, bekannt wurde, heißt es: "Die Bürgerbewegungen streben eine Nivellierung der Gesellschaft an. Sie stehen einem Neubeginn im Wege. Zentrale Frage wird sein: Kann die Arbeit der Bürgerkomitees unterbunden werden?" Die Ironie: Unter dem Schutz des BND, mit Hilfe von BND-Agenten, so geht aus Köppes Bericht ebenfalls hervor, konnte Alexander Schalck-Golodkowski seine dunklen Geschäfte machen. Die Bürgerbewegung war dagegen die entscheidende Kraft, die zum Fall der Mauer und zur Wiedervereinigung führte.

Die Woche, 09.06.94

schlag von Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Schäuble zu einer Amnestie für die Masse der MfS-Mitarbeiter, soweit diese keine Verbrechen begangen haben. Wenn dieser Personenkreis nicht mehr ausgegrenzt werde, könne dies sehr positive Auswirkungen auf die innere Situation der DDR haben. Er rechnet allerdings damit, daß basisdemokratische Gruppen (Bündnis 90) diesen Vorschlag ablehnen". (MAT A 23, S.123)

...

Und der BND meldete am 24.04.90 an das Kanzleramt, an das Auswärtige Amt und an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen:

„Die Bürgerbewegungen streben die Nivellierung der Gesellschaft an. Sie verfolgen den 'dritten Weg', den demokratischen Sozialismus, wie ihn Bahro vorgezeichnet hat. Sie stehen einem Neubeginn im Wege. Zentrale Frage wird sein: Kann die Arbeit der Bürgerkomitees unterbunden werden?" (MAT A 32, Anlage 2, S. 50)

...

„Es hat viele Ergänzungen gegeben und Konkretisierungen dessen, was der BND wußte. Diese Auskünfte und Erkenntnisse sind von den zuständigen Fachleuten als alles in allem wertvoll betrachtet worden." (Prot. 8/S. 40)

...

Möller und Niebling machen MfS-Mitarbeiter für BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz d.A.) gesprächsbereit

Generalleutnant Günter Möller, ..., leitete die MfS-Hauptabteilung Kader und Schulung. Generalmajor Gerhard Niebling, ...,war Leiter der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) des MfS.

Im Auftrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz machten Möller und Niebling ehemalige MfS-Mitarbeiter 'gesprächsbereit'. Im Juni 1991 schickten sie ihren ehemaligen Kollegen Briefe, beteuerten, daß sie sich noch immer für sie verantwortlich fühlten und gaben ihnen die Richtung vor:

'der geordnete, stille Weg', keine weiteren Offenbarungen bei den Massenmedien, sondern nur bei den Geheimdiensten.

Sie wiesen ihre Kollegen auf folgendes hin:

„Bitte beschäftigt Euch mit dem § 153 e StPO, der Möglichkeiten des Verzichts auf Strafverfolgung eröffnet. Verschließt Euch nicht den Gesprächen mit Vertretern der Abwehrorgane des Landes und prüft die Möglichkeiten ruhiger, vernünftiger Lösungen in Einzelfällen, die Ihr mit ihnen beraten solltet." (MAT A 256, S. 17)

Die Antworten der MfS-Mitarbeiter auf diese Briefe gingen über Niebling und Möller an das BfV, das in der Folge gezielt die 'gesprächsbereiten' MfS-Mitarbeiter kontaktierte.

In der Öffentlichkeit war 1990 sichtbar, daß DDR-Oppositionelle und die Bürgerrechtsbewegung vor allem unter der Regie des damaligen Innenministers Diestel ("Schäuble steht hinter mir.") diskreditiert und zurückgedrängt werden sollten. Die ehemaligen Stellvertreter Mielkes (Neiber, Großmann usw.) boten sich sogar über die Medien als neue Staatsdiener der Bundesregierung an.

In Wirklichkeit standen die Bürgerbewegungen nicht einem Neubeginn in Deutschland im Wege, sondern den Interessen der SED/PDS und der Stasi-Mitarbeiter. Waren sie doch gerade dabei, die dunkle Vergangenheit und die „Überlebensvorstellungen" der alten Machthaber zu beleuchten. Dies wollten die SED-Genossen mit allen Mitteln verhindern. Zur eigenen Sicherheit boten sie deshalb ihr Herrschaftswissen westlichen Stellen an, welches selbstverständlich zur Kenntnis und zum eigenen Nutzen verwendet werden sollte und konnte. Allerdings zeigen nun diese der öffentlichen Information vorenthaltenen Verbindungen einen heftigen Rückschlageffekt. Denn alte Machtstrukturen aus SED-Zeiten haben sich gerade deshalb erhalten, stabilisiert und blockieren ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Nachkriegsstaaten auch noch 5 Jahre nach der Vereinigung. Sie wirtschaften mit alten und neuen öffentlichen Mitteln nur in die eigenen Taschen. Für die Unzulänglichkeiten machen sie die sogenannte Kolonisierung durch den Westen verantwortlich und weisen auf die politischen Möglichkeiten mit der PDS hin. Dieser Weg hat also zur direkten und indirekten Stärkung der PDS geführt.

DDR-Oppositionelle und Bürgerrechtler hingegen erhielten überwiegend keinen Zugang in die Verwaltungsorganisation der Bundesrepublik und befinden sich erneut in ausgegrenzter Lage. Das hat offensichtlich so auch der Bundeskanzler erkannt, weswegen er jetzt Kontakt zu Einzelpersonen aus der Bürgerbewegung aufnahm und nun die Einrichtung eines Bürgerbüros fördern will.

Mein Antrag an die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist es, die Aufklärung der hier beschriebenen Problematik (entsprechend Dokumente Schalck-Untersuchungsausschuß) und der eventuell darauf bezogenen Regierungsentscheidungen als einen inhaltlichen Arbeitsschwerpunkt der 2. Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur zu bestimmen und erforderlichenfalls für Kompensationen zu wirken. Zugleich soll diese Forderung an alle Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien durch die Grünen herangetragen werden.

Ich bitte um einen schriftlichen Bescheid durch Ihre Fraktion.

Berlin, 18.10.95

Mit freundlichen Grüßen

UWE BASTIAN, BERLIN

Anmerkung:
Bis Redaktionsschluß war der Brief ohne Antwort geblieben.

EINLADUNG ZUM XI. BUNDESFORUM DES NEUEN FORUM

Liebe Mitglieder des NEUEN FORUM, *liebe Freundinnen und Freunde,*
zu unserem nächsten Bundesforum, das

VOM 26. BIS 28. APRIL 1996 IN RUHLSDORF (BRANDENBURG)

stattfinden wird, laden wir Euch hiermit herzlich ein.

Tagesordnungsvorschlag des BKR

Beginn: **Freitag, den 26.04.1996, 20.00 Uhr**

20.00 Uhr bis 21.00 Uhr
TOP 1: Begrüßung und Eröffnung des Bundesforums
TOP 2: Wahl der Tagungsleitung
TOP 3: Bestätigung der Schriftführung
TOP 4: Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
TOP 5: Bestätigung der Geschäftsordnung
TOP 6: Wahl der Mandatsprüfungskommission
TOP 7: Bestätigung der Mandatsprüfung und Feststellung der Beschlußfähigkeit
TOP 8: Anträge zur und Bestätigung der Geschäftsord nung
TOP 9: Wahl der Antragskommission
TOP 10: Anträge zur und Bestätigung der Tagesordnung

ab 21.00 Uhr
TOP 11: Programmdiskussion

Sonnabend, den 27.04.1996

10.00 Uhr bis 11.00 Uhr
TOP 12: Vorstellung der 4 Vorschläge zur Neustrukturie rung des NEUEN FORUM

11.00 Uhr bis 13.00 Uhr
TOP 13: Debatte über die 4 Vorschläge
TOP 14: Abstimmung über Leitantrag

13.00 Uhr bis 14.00 Uhr: Mittagspause

14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
TOP 15: Debatte über Leitantrag
TOP 16: Beschlußfassung über Änderungsanträge
TOP 17: Beschlußfassung über Leitantrag
- dazwischen ca. 16.00 Uhr bis 16.30 Uhr Pause -

18.00 Uhr bis 19.00 Uhr: Abendbrot

19.00 Uhr bis 22.00 Uhr
TOP 18: Rechenschaftsbericht des BKR
TOP 19: Bestätigung des Rechenschaftsberichtes über die Finanzen 1994
TOP 20: Wahl der Wahlkommission
TOP 21: Bestätigung der Wahlordnung
TOP 22: Entlastung des BKR
TOP 23: Neuwahlen bzw. Nachwahlen je nach Ausgang TOP 16

Sonntag, den 28.04.1996

10.00 Uhr bis 11.00 Uhr
TOP 24: Beschlußfassung über Anträge

11.00 Uhr bis 13.00 Uhr
TOP 25: Programmdiskussion

13.00 Uhr
Ende und Abreise

In den Landesverbänden muß in Vorbereitung der Neuwahl des BKR bzw. des Bundesvorstandes bzw. der Nachwahl zum BKR je nach Ausgang des entsprechenden TOP eine Verständigung darüber erfolgen, welche Kandidaten antreten werden.

Der BKR hat beschlossen, daß das XI. Bundesforum zweiteilig stattfinden wird. Beim zweiten Teil soll die Programmdiskussion abgeschlossen werden. Denkt daran genügend Ersatzdelegierte zu wählen, da die Delegiertenwahl für beide Teile des Bundesforums gilt. Zwischen beiden Teilen können keine neuen Delegierte gewählt werden.

Unabhängig von den gewählten Delegierten sind alle an der Zukunft des NEUEN FORUM Interessierten herzlich eingeladen.

Schickt Eure Anträge, wenn möglich auf Diskette (word, word für windows, ami pro) an die Bundesgeschäftsstelle. Antragsschluß ist der Donnerstag, der 04.04.1996 (Poststempel). Sinnvollerweise sollten die Anträge bis zum 15.03.1996 in der Bundesgeschäftsstelle vorliegen, um sie im März-Bulletin veröffentlichen zu können und damit allen zur Diskussion zugänglich zu machen.

Strukturdebatte: Vorschläge & Möglichkeiten

Das Bundesforum in Arendsee beauftragte den BKR, Vorschläge zur Neustrukturierung zu erarbeiten. Im folgenden die seitdem erarbeiteten Vorschläge der Varianten Verein, Stiftung, defensive und progressive Neustrukturierung. Über diese 4 Alternativen wird auf dem nächsten Bundesforum zu entscheiden sein.

Variante "Zukunft als Verein"

Rückblickende persönliche Vorbemerkung

Vorweg möchte ich nicht verhehlen, kein Sympathisant dieser Variante zu sein. Befürworter der Vereins-Variante sind somit zu kritischem Lesen gewarnt.

Das NEUE FORUM darf sich rühmen, bereits am 4. Oktober 1989 dem Parteienblock als erste oppositionelle Organisation die Forderung entgegengestellt zu haben, an den nächsten Wahlen teilzunehmen. Erst mit diesem Anspruch wurde es für die Machthaber ernsthaft gefährlich. Zuvor drohte der Aufruf nur die öffentliche Diskussion angestauter Unzufriedenheit an, was unter den Bedingungen einer Diktatur zwar subversiv, jedoch nicht systemberstend wirken muß.

Der Ruf der Demonstranten nach offizieller Zulassung des NEUEN FORUM richtete sich damit nicht nur auf die Ermöglichung von Gesprächsforen, sondern auf die Organisation von Gegen-Macht überhaupt, mochte auch der Begriff „Partei" aus verstehbaren Gründen gemieden werden, da er als Inbegriff für SED stand.

Auf das Gespräch gingen die Funktionäre emsig ein, doch auch nach Honeckers Abtritt wollte Krenz die Rolle des NEUEN FORUM ausdrücklich auf jene einer Diskussionsplattform beschränkt wissen.

Runde Tische mit machtpolitischer Schräglage, reich mit inoffiziellen und offiziellen Altfunktionären bestückt, schufen Ablenkung. Im Schatten gewaltlosen Geredes wurden von der Modrow-Regierung gewaltige Tatsachen geschaffen.

Ich möchte hier nicht weiter auf die Geschichte eingehen, nur feststellen, daß die Fürsprecher der Programm- und Strukturlosigkeit stets zur Schwächung beitrugen - die einen bewußt, die anderen unbewußt. Auch euphemistische Beschwörungen von Basisdemokratie und absoluter Offenheit täuschten bestenfalls über ein Unvermögen hinweg, über das Unvermögen, sich demokratisch organisieren zu können, um mittels verbindlicher Entscheidungen programmatisch-effektiv zu wirken. Zuletzt wurde die >Variante Verein< dem NEUEN FORUM drängend vom Bündnis 90 anempfohlen, um es aus der politischen Sphäre endgültig herauszubefördern. Daß bei Teilen des NEUEN FORUM der allzu beschränkte „pluralistische" Parlamentarismus eher frustig abgelehnt wurde, als daß das unbefriedigende Demokratiedefizit an ihm Gegenstand klarer Kritik geworden wäre, ist bekannt. Durch Nichtbeteiligungen an Wahlen verschenkten die Wahl-Kritiker großzügig eine Bühne möglicher Kritik. Vermeintliche Radikalität, die sich selbst der Wirkung beraubt, sollte sich aber mindestens fragwürdig werden.

Ungeachtet meiner Haltung zur >Variante Verein< wurde ich beauftragt darzustellen, wie der Übergang in die Rechtsform des Vereins am besten vorgenommen werden könnte.

Rechtsformen des Vereins

Am Beispiel des vielgescholtenen Kaninchenzüchtervereins möchte ich die drei möglichen Vereinsformen verdeutlichen. Schließen sich einige Züchter zusammen und bringen die eigenen Kaninchen ein, um sie gemeinsam zu dressieren, können sie den nichteingetragenen Verein *„Gehorsames Langohr"* gründen. Wenn sie sich eine Satzung geben, so können sie sich beim Registergericht auch eintragen lassen und den Verein *„Gehorsames Langohr e. V."* nennen. Ein solcher eingetragener Verein kann auch politisch tätig sein, nur CDU- und PDS-Mitglieder beitreten lassen und sich für die Pflege bewährter SED-Traditionen wie den Großen Lauschangriff engagieren. Er kann zu Kommunalwahlen mit politischem Programm antreten und z.B. die Losungen >Jeder hat ein Recht gehört zu werden!< oder >Organisierte Kriminalität darf nur Sache des Staates sein!< (darüber vielleicht ein Foto von der Ausweisung eines Asylantragstellers in den Sudan) oder auch *"Für eine bürgernahe Überwachung! Vertrauen wagen, solang es noch nicht Pflicht ist!"* plakatieren.

Anders ist das bei einem Verein, der vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt werden möchte. Ein solcher Verein darf nicht politisch tätig sein, kein politisches Programm vertreten. Der Zweck muß gemeinnützig sein, z. B. Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen, Unterhaltung einer Schule etc. Der Verein *"Gehorsames Langohr e. V."* könnte sich der Lärmbekämpfung, dem Tierschutz oder der Pflege des Liedgutes („Häschen in der Grube...") widmen und hätte Chancen, gemeinnützig anerkannt zu werden. Der Vorteil bezieht sich auf die geringe Besteuerung, wobei Spendenquittungen ausgestellt werden können. Bedingung: Es dürfen nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke verfolgt werden. Der Verein muß Rechenschaft erstatten, was er treibt und jährlich dem Finanzamt die Buchführung vorlegen. Stellt sich heraus, daß der Handel mit Kaninchen überwiegt, entfällt die Gemeinnützigkeit.

(Hier kam in unserer Diskussion der Einwand, daß amnesty international< in gemeinnütziger aber doch politischer Verein sei. - Im gemeinten Sinne ist er jedoch nicht politisch, denn welche politische Position gewaltfrei agierende politische Gefangene einnehmen, darf amnesty nicht interessieren. Folter ist eine Menschenrechtsverletzung, egal ob sie gegen religiöse Fundamentalisten in Arabien angewandt wird oder gegen frei-

heitlich denkende Menschen in China. Der Vereinszweck ist klar umgrenzt.) Eine vierte Form von Verein stellt der Sportverein dar, den ich mir hier erspare.

Die Überführung der Partei in einen Verein

Vor Auflösung der Partei sollten mindestens 7 Menschen einen Verein gleichen Namens mit einer ausgearbeiteten Satzung gründen, welche die Kriterien der Mustersatzung des Finanzamtes erfüllt. (Sie kann im Bundesbüro angefordert werden.) Der Auflösungsbeschluß der Partei bestimmt diesen Verein zum Rechtsnachfolger. Damit ist der Name rechtlich geschützt. Vor Auflösung wird per Beschluß das Parteivermögen an den Verein gespendet. Damit wäre die Partei faktisch schon aufgelöst, denn ein Rückspenden aus einem gemeinnützigen Verein in eine Partei ist rechtlich ebenso ausgeschlossen wie eine Partei ohne Geld es praktisch ist. Achtung: Für den Spendenbeschuß genügt die einfache Mehrheit. Die Auflösung der Partei ist laut Satzung des NEUEN FORUM wesentlich schwieriger!
Juristisch ist es ebenso möglich, eine Partei per Satzungsänderung zum gemeinnützigen Verein zu machen, mag dies auch noch nicht vorgekommen sein. Fragen wirft in diesem Falle der finanzorganisatorische Teil der Rechtsformänderung auf.
Klärungsbedarf bestünde im Hinblick auf den Status der Landesverbände. Landesverbände könnten sich zu Landesparteien erklären, d. h. sie könnten Beschlüsse dahingehend fassen, daß sie im Falle der Auflösung der Bundesebene bzw. des Verschwindens aus der Sphäre der Parteien, als Landesparteien fortbestehen. Sie müßten sich zu diesem Zwecke vor Auflösung der Bundesebene beim Landeswahlleiter als Landespartei anmelden. Die CSU bestünde fort, selbst wenn die CDU sich zum Verein gewandelt hätte.

Folgen, Vor- und Nachteile

Was dem Befürworter der Variante als Vor-, das gilt dem Gegner als Nachteil. Zur einen Argumentgruppe dürften die Gemeinnützigkeit, die Unmöglichkeit zu Wahlbeteiligungen, der bloße Fortbestand des NEUEN FORUM und der Schutz des Namens vor Mißbrauch zu rechnen sein. Wessen Programm sich in den Worten „quer zu den Parteien stehen" erschöpfte, der darf konfliktscheu und ungestört im Verein die Illusion der Überparteilichkeit oder Interesselosigkeit weiterhin pflegen.
Die anderen mögen bedauern, daß die Vereinsform eine Entpolitisierung zur Folge hat, daß ihnen der Wahlantritt ab Landtagswahl aufwärts verwehrt bleibt und daß die anderen Parteien sich mehr oder weniger offen eins ins feiste Fäustchen lachen werden, wohlwissend: Abschied aus der Politik - dein Name heißt >Verein<! Der Vereine gibt es viele. Politischen Einfluß haben nur ganz ganz wenige.
Wenn ich eine Prognose wagen darf, so die, daß sich die ernsthaft politisch Interessierten schnell in andere Parteien flüchten werden. Schon seit dem einstigen Streit um die Wahlbeteiligung ist dies keinem zu verdenken, der für diese stimmte.

Aber wo bleibt denn das Positive?

So sinnlos wie diese Sehnsuchts-Frage zumeist ist, hier ist sie nicht uninteressant. Eine möglichst illusionslose Betrachtung ließe ein Verständnis des NEUEN FORUM zu, worin sich dessen Existenz als Verein zumindest für die Mitglieder rechtfertigen ließe. Gestehen wir uns erst einmal ehrlich ein, daß der Wille zum >Verein< dem Enden politischer Wirkung das Siegel setzt, so könnte sich damit auch für die einzelnen Mitglieder zumindest der Anspruch verbinden, sich in andere Parteien zu verteilen.
Es dürfte wahrscheinlich sein, daß kaum einer dabei an CDU und ihre Scheinopposition PDS denken mag. Auch den Republikanern wird sich wohl kaum jemand anschließen, nur weil diese sich aus Protest gegen den von Franz-Josef S. vermittelten Milliardenkredit an die DDR aus der CSU heraus gegründet haben, was ihnen aber lediglich einen Vorteil an Aufrichtigkeit gegenüber CDU/ CSU verschafft.
Also wäre anzunehmen, daß jene Teile in SPD und GRÜNEN gestärkt werden könnten, die sich der so sozial- wie freiheits-feindlichen CDU-Politik nicht wie die jeweils größeren Teile dieser Parteien andienen. Für diese weiterhin politisch Interessierten könnte das NEUE FORUM als Verein dann immerhin noch ein traditioneller Treffpunkt für oppositionelle Meinungsbildung sein, ein Forum derer, die sich auch dann nicht gleichschalten lassen, wenn nach Hinschwinden der „historischen Notwendigkeit" Ideologeme wie „Sachzwang", „Sparzwang", „innere Sicherheit" oder faschistoide Hetzparolen wie „Sozialleistungsmißbrauch", „Sozialschmarotzer" das Denken bestürmen. Ein Forum derer, die nicht vergessen haben, daß es zur Beseitigung der „historischen Notwendigkeit" in der aus „wissenschaftlicher Weltanschauung" betrachtet „höchstentwikkelten Gesellschaftsformation" nur weniger friedlicher Demonstrationen bedurfte. Ein Forum derer, die noch Widersprüche erkennen, z.B. den Widerspruch zwischen dem diskussionslosen Hinschenken zweistelliger Milliardenbeträge an die USA zur Mitfinanzierung eines Golfkrieges, der bereits überwiegend von Saudiarabien bezahlt worden war, und dem inszenierten Kürzungszwang im Sozialbereich bei Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern unter dem endlos wiederholten Credo, daß der Sozialstaat nicht mehr bezahlbar sei. (Auch MdB Oswald Metzger von den Grünen hat das nachbeten gelernt, woraufhin ihn die CDU als klaren Vertreter ihrer Interessen erkannte und freundlich zum Übertritt einlud.)
Immerhin, die Stärkung der oppositionellen Teile in SPD und Grünen wäre noch etwas Positives, was dem Projekt NEUES FORUM als Verein abgerungen werden könnte. Leider steht die bisherige Erfahrung dem entgegen, denn der überwiegende Teil derer, die bereits die Bürgerrechtsbewegung aus Frust verlassen haben, zog sich ganz aus der Parteipolitik zurück.

Oliver Kloss
(Leipzig)

Eine entsprechende Satzung wird im nächsten Bulletin veröffentlicht.

Umwandlung des NEUEN FORUM in eine Stiftung

Motivation:

Wir erleben seit längerer Zeit, daß die Schere zwischen dem politischen Anspruch des NEUEN FORUM und der nackten Realität immer weiter auseinandergeht. Das gilt auch dann, wenn wir berücksichtigen, daß es an einigen wenigen Stellen noch politisch aktive Gruppierungen gibt, die gerne auch weiterhin unter dem Namen des NEUEN FORUM arbeiten. Sehen wir beispielsweise die Medien zu den brennenden aktuellen oder zu den grundsätzlichen Problemen durch, werden wir nur noch als Kuriosum finden „Das NEUE FORUM vertritt zu ... anders als die etablierten Parteien und die PDS die folgende einleuchtende Position: ...“. Es wäre Augenwischerei, wollten wir das nur den tendenziösen Medien, den (nicht NEUES FORUM-) Parteipolitik umsetzenden Journalisten, den alten oder neuen Feinden anlasten. Wir haben immer mehr Schwierigkeiten, etwas zu finden, was wir sagen können und sagen wollen. Unseren politischen Freunden und Feinden, den Lesern und den Hörern bleibt das nicht verborgen.

Daher gab es in den schon viele Monate andauernden Überlegungen über die Zukunft des NEUEN FORUM auch die, das NEUE FORUM als politische Partei aufzulösen, jedoch die Sympathie, die immer noch viele Leute dem NEUEN FORUM, dem Namen des NEUEN FORUM oder den ursprünglichen Positionen des NEUEN FORUM gegenüber hegen (auch und gerade im Westen), aufzufangen und die Themen, die uns immer noch wichtig sind und für die wir aufgrund unserer Geschichte besonders qualifiziert sind, in geordneter Form und mit einer kleinen materiellen Basis weiter bearbeiten zu können.

Die Form einer Stiftung erscheint aus mehreren Gründen sinnvoll:

♦ Die Stiftung weist eine Reihe Ähnlichkeiten mit dem Verein auf, umgeht jedoch viele Probleme, die aus der Arbeit mit Vereinen hinlänglich unter dem Stichwort „Vereinsmeierei“ bekannt geworden sind.

♦ Die Stiftung bedarf - anders als ein Verein - keiner größeren Anzahl von Mitgliedern und Sympathisanten, um sinnvoll funktionieren zu können.

♦ Eine Stiftung kann auch mit einem nur minimalen Apparat funktionieren, der in Anspruch genommen werden kann, falls ein konkreter Bedarf da ist, der aber nicht ständig unter dem Druck steht, wichtiger aussehen zu müssen, als er es tatsächlich im Moment ist.

♦ Die Stiftung lebt im Kern von den Zinsen eines Vermögens, darf dieses Vermögen selbst jedoch nicht antasten. Sie ist damit grundsätzlich eine auf lange Zeit konzipierte Struktur (die es auch verträgt, wenn mal eine Zeitlang Winterschlaf eingeschaltet werden muß). Sie ist stark geschützt vor einer Mentalität, die darauf hinausläuft, das NEUE FORUM genau solange weiter am Leben zu erhalten, bis der letzte Groschen verbraucht ist.

♦ Stiftungen können und sollten auch um Spenden und Vermögenszuwachs ringen. Wir wissen aber, wie das mit unseren Spenden praktisch aussieht (auch die Partei/Bürgerbewegung NEUES FORUM könnte und sollte sich um Spenden kümmern.) und wie gering die Chance ist, daß sich da entscheidend etwas ändert. Eine Partei verliert sich, wenn niemand mehr sie wählt, wenn die Mitglieder versikkern und die Parteikasse leer ist. Ein Verein geht unter, wenn es ihm nicht gelingt, kontinuierlich genügend Geld heranzuschaffen, egal ob von Einzelpersonen, Unternehmen oder aus der Staatskasse. Eine Stiftung kann jedoch notfalls ewig leben, auch wenn es mit Spenden schlecht aussieht.

♦ Es gibt deutliche Signale dahingehend, daß wesentliche Bestandteile unseres Anliegens von Fernerstehenden auch unterstützt würden - und das umso mehr, je weniger das NEUE FORUM sich als Partei versteht.

♦ Die gewählten Gremien des NEUEN FORUM befassen sich mehr und mehr mit weniger und weniger Geld. Mir scheint, daß unsere mehr oder weniger trickreichen Bemühungen, „unseren“ Anteil an dem noch gemeinsamen Suppentopf des NEUEN FORUM zu sichern, um das eigene Büro, das eigene Fax, das eigene Telephon noch ein wenig länger weiter trudeln zu lassen, entschieden zuviel Energie binden, die besser für die brachliegenden Inhalte einzusetzen wäre. Der Entschluß für eine Stiftung würde uns von diesen fragwürdigen Zerrereien befreien.

♦ Eine Stiftung bietet die Chance, mit geringem Kraftaufwand die Funktion eines Leuchtturms (die das NEUE FORUM durchaus für kurze Zeit innehatte) zu bewahren. Wesentlich ist ein geeigneter Name, der die Herkunft (vom NEUEN FORUM) und den Zweck der Stiftung unmittelbar eingängig macht.

Problematisch ist die Stiftung für uns aus folgenden Gründen:

♦ Falls wir uns zur Stiftung durchringen, kommt dieser Entschluß vermutlich zu spät: alle Landesverbände sind dabei, den Rest des noch zentral vorhandenen Vermögens unter sich aufzuteilen. Auf dem letzten Bundesforum wurde ein bezüglich einer eventuellen Stiftungsgründung fataler Beschluß über die Aufteilung der Finanzen gefaßt. Wenn wir eine Stiftung wollen, muß dieser Beschluß revidiert werden. Wenn die Landesverbände auf der Aufteilung des Vermögens des NEUEN FORUM bestehen, braucht man über die Variante „Stiftung“ nicht weiter nachzudenken.

♦ Eine Stiftung braucht einen Vorstand (ca. 3), einen Stiftungsrat (ca. 5 Personen) und üblicherweise einen Geschäftsführer. Besonders Geschäftsführer und Vorstand entscheiden praktisch und schwer von außen beeinflußbar, wen oder was die Stiftung wann mit wieviel fördert. In der bestehenden Atmosphäre von Mißtrauen, Ländergoismus und Streit würde es sicher nicht leicht werden,

einvernehmlich die erforderlichen Positionen einer Stiftung mit profilierten, in der Öffentlichkeit bekannten, lebendigen und/aber natürlich in irgendeiner Form parteiischen Personen zu besetzen.

◆ Damit zusammen hängt ein weiterer Punkt, der unserem bisherigen Anspruch (weniger der Realität) widersprechen würde: wenn eine Stiftung ersteinmal gegründet ist, kann man sie kaum noch „von unten" oder von der „Basis" her wesentlich beeinflussen.

Realsierung:

Die Gründung einer Stiftung als Nachfolgeform des NEUEN FORUM müßte ganz ähnlich erfolgen, wie die Gründung eines Nachfolgevereins.

Der direkte Weg bestünde in der Gründung der Stiftung, gefolgt von einem Beschluß des Bundesforums über die Auflösung des NEUEN FORUM (2/3-Mehrheit), der durch eine Urabstimmung der Mitglieder des NEUEN FORUM (2/3-Mehrheit in allen Regionen) zur Auflösung bestätigt werden muß. Wird der Auflösung zugestimmt, könnte der Stiftung des Vermögen des NEUEN FORUM übertragen werden. Der entsprechende § 14,(2) der Rahmensatzung wurde jedoch bewußt so formuliert, daß er kaum umsetzbar ist. (Er ist mir auch nicht ganz verständlich.)

Der (leichtere) indirekte Weg bestünde in einer Reihe von Satzungsänderungen, die Stück für Stück aus der jetzigen Satzung des NEUEN FORUM die Satzung einer Stiftung macht. Dafür braucht man 2/3 der Delegierten eines Bundesforums.

Wesentlich erscheint der Unterschied, daß eine bundesweite Stiftung vom Bundesrat, eine Stiftung auf Landesebene von der Landesregierung genehmigt werden muß, die Stiftungsgründung ist also etwas höher angebunden, als eine Vereinsgründung. Das ist aber nur eine Formsache, die schlimmstenfalls Zeit kostet (wenn denn der Inhalt der Satzung vernünftig ist).

Die Zweckbestimmung ist so zu wählen, daß sie weit genug gefaßt ist, um auf lange Zeit sinnvoll damit arbeiten zu können. Sie sollte auch so gefaßt sein, daß die Stiftung steuerfrei arbeiten und Spendenbescheinigungen ausstellen darf. Sie sollte so konkret sein, daß Geschäftsführer und Vorstand unmißverständlich gehalten werden, im Sinne der Satzung zu arbeiten, sollte aber deren Handlungsfreiheit nicht knebeln.

„Die Satzungszwecke und die Art ihrer Verwirklichung müssen so genau bestimmt werden, daß aufgrund der Satzung geprüft werden kann, ob die satzungsgemäßen Voraussetzungen für die Steuerbegünstigung gegeben sind." (Abgabenordnung §60,1)

Zweck könnte sein: **Bildung und Erziehung** auf dem Gebiet der Bürgerrechte im weitesten Sinn (nicht nur Stasi und Bürgerrechte, auch Bürgerrechte und **Umweltschutz**, Bürgerrechte und **Völkerverständigung** (s. Kohl-Besuch), Bürgerrechte und Kinder-/Frauen-/Männer-/Alten-Situation, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Sebastian Pflugbeil
(Berlin)

Eine entsprechende Satzung wird im nächsten Bulletin veröffentlicht.

AG "Zurück auf den Boden der Tatsachen"

Ziel des Vorschlags:

◆ Erhalten, was am NEUEN FORUM noch lebendig ist.

◆ Abschütteln von Gremien, Funktionen und Ämtern.

◆ Erhalt des NEUEN FORUM als wählbare Organisation im Sinne des Parteiengesetzes.

◆ Weg vom Delegiertenprinzip - hin zu freiwilliger Teilnahme.

Nach juristischer Prüfung kann dies durch folgende **Satzungsänderung** erreicht werden:

alt: § 1 (2) Sitz der Vereinigung ist Berlin. Das Tätig ..."

neu: "Der Sitz der Vereinigung wird vom Bundesforum für den Zeitraum bis zum nächsten Bundesforum jeweils neu festgelegt. Das Tätig ..."

alt: § 6 (1) "Das Bundesforum ist die Versammlung von Delegierten. Sie findet mindestens alle zwei Jahre statt ..."

neu: "Das Bundesforum ist die Vollversammlung aller Mitglieder. Sie findet mindestens alle zwei Jahre statt." (Rest ist ersatzlos zu streichen)

alt: § 8 (1) Zweiter Satz: "Der BKR besteht aus mindestens 3 Mitgliedern aus jedem Landesverband."

neu: "Der BKR besteht aus mindestens einem Mitglied aus jedem Landesverband."

Resultat:

In Städten und Gemeinden können die Gruppen, die sich meist um Kommunalparlamentsabgeordnete gruppieren weitermachen wie bisher. Wer Interesse an überregionaler Zusammenarbeit hat, kann zur Mitgliedervollversammlung fahren und hat dort Stimmrecht (Wegfall des Delegiertenprinzips, d.h. Wegfall von vorbereitenden Vollversammlungen auf denen man sich gegenseitig wählt oder händeringend nach Delegierten sucht, die dann lustlos die Last auf sich nehmen.)

Der BKR beschränkt sich auf Verwaltung und Koordinierung. Die Bildung thematischer Arbeitsgruppen zu überregionalen Themen, die sich dann auch öffentlich äußern können ist parallel dazu jederzeit möglich.

Rolf Walter
(Berlin)
Sabine Wolff
(Halle)

Progressive Neustrukturierung

Der vorliegende Entwurf einer **neuen Bundessatzung** gestattet der politischen Organisation NEUES FORUM ein gesichertes Weiterbestehen in der gegebenen Parteienlandschaft. Dabei ist es das Anliegen, die Erfahrungen mit unseren Strukturen und die Anforderungen des Parteiengesetzes in Einklang zu bringen. Daraus ergibt sich auf der einen Seite eine umfangreiche Struktur, die auf der anderen Seite eine sehr breite Einbeziehung von Mitgliedern des NEUEN FORUM zur Erfüllung dieser Struktur ermöglicht. Verpflichtet sahen sich die Verfasser, die Basisforderungen nach mehr innerorganisatorischer Demokratisierung umzusetzen. Gleichzeitig mußte der Notwendigkeit nach mehr Verbindlichkeit, die persönliche Verantwortung für die übernommenen Aufgaben zukünftig erfordert, Rechnung getragen werden. Die Verfasser des Entwurfes sehen die Neustrukturierung des NEUEN FORUM als ersten Schritt an. Es ist klar, daß wichtiger als neue Strukturen ein neues Programm, neue Mitglieder und mehr Engagement sind. Dieser Satzungsentwurf soll die Grundlage für die Umsetzung unserer Ziele sein.
Der Entwurf wurde von Mitgliedern aus fünf Landesverbänden erarbeitet.
Die Verfasser stellen in in § 10 Absatz 1 zwei Varianten über die Zusammensetzung des Bundesvorstandes zur Diskussion

Endredaktion:

Michael Baehr (Berlin), Gudrun Berg (Weimar), Matthias Büchner (Erfurt), Dr. Martin Hertneck (Fürstenwalde), Thomas Schubert (Schöneiche), Werner Stremlow (Barnim), Dr. Bruno Touché (Halle)

§ 1 Name und Sitz

(1) Die politische Vereinigung führt den Namen NEUES FORUM. Die Kurzbezeichnung lautet FORUM.

(2) Sitz der politischen Vereinigung ist Berlin. Das Tätigkeitsgebiet der politischen Vereinigung ist die Bundesrepublik Deutschland.

(3) Landesverbände führen den Namen NEUES FORUM mit dem Zusatz des jeweiligen Ländernamens.

§ 2 Mitgliedschaft

(1) Mitglied des NEUEN FORUM kann werden, wer das 14. Lebensjahr vollendet hat, den Grundsätzen zustimmt und die Satzung anerkennt. Die Mitgliedschaft von in anderen Parteien, Organisationen und Vereinigungen i.S.d. Parteiengesetzes Organisierten ist nicht zulässig.

(2) Wer Mandate oder Funktionen auf Bundes-, Landes oder Kommunalebene für das NEUE FORUM innehat oder sich um diese bewirbt, hat eine schriftliche eidesstattliche Erklärung abzugeben, daß er nicht inoffizieller oder hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS/AfNS oder eines anderen Geheimdienstes war, ist oder während der Wahlperiode wird. Das Mitglied hat seine Zustimmung zur Überprüfung zu erteilen. Die gleiche Regelung findet Anwendung bei Abgeordneten, Fraktionsmitarbeitern sowie Mitarbeitern der Verwaltungen bzw. Bewerbern um diese Funktion. Das Ergebnis des Auskunftsersuchens bewertet für die Landes- und Kommunalebene der jeweilige Landesvorstand bzw. abschließend der Bundesvorstand für alle Ebenen. Die Bewertung ist für die betreffende Person verbindlich.

(3) Über die Aufnahme eines Mitgliedes entscheidet das vertretungsberechtigte Gremium des Gebietsverbandes, bei dem der Aufnahmeantrag gestellt wurde. Gegen die Zurückweisung eines Aufnahmeantrages kann der Bewerber bei der zuständigen Mitgliederversammlung Einspruch einlegen. Über die Mitgliedschaft wird mit einfacher Mehrheit entschieden.

(4) Die Mitgliedschaft endet mit Austritt, bei Beitragsrückstand von sechs Monaten nach einmaliger schriftlicher Mahnung, durch Ausschluß oder Tod. Der Ausschluß ist bei Verstoß gegen die Satzung möglich, wenn dem NEUEN FORUM damit schwerer Schaden zugefügt wird. Der Ausschluß von Mitgliedern bestimmt sich nach § 12, Abs. 4 dieser Satzung i.V.m. der jeweiligen Schlichtungsordnung.

§ 3 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Jedes Mitglied hat das Recht

1. an der politischen Willensbildung der politischen Vereinigung mitzuwirken, insbesondere durch Aussprachen, Anträge, Abstimmungen und Wahlen,
2. an der Delegiertenversammlung als Gast teilzunehmen,
3. im Rahmen der Gesetze und dieser Satzung an der Aufstellung von KandidatInnen mitzuwirken,
4. sich selbst bei diesen Anlässen um eine Kandidatur zu bewerben,
5. innerhalb der Vereinigung das aktive und passive Wahlrecht auszuüben,
6. an allen Sitzungen von Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Gremien teilzunehmen,

(2) Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundsätze und Ziele des NEUEN FORUM zu unterstützen und seine Beiträge zu entrichten.

§ 4 Gliederung

(1) Der Bundesverband gliedert sich in Basisgruppen (Kommunalebene), Kreis- und Landesverbände. Der Geltungsbereich der Verbände und Gruppen soll sich mit der entsprechenden Gliederung in Gemeinden, Landkrei-

sen, Regierungsbezirken und Ländern decken. Basisgruppen sollen mindestens drei Mitglieder haben.

(2) Die Basisgruppe ist die kleinste lokal arbeitende Gliederung. Basisgruppen können auf kreislicher Ebene Kreisverbände bilden. Das beschlußfassende Gremium auf kreislicher Ebene ist die Kreismitgliederversammlung. Sie kann einen Sprecherrat wählen.

(3) Das Landesforum ist das höchste beschlußfassende Gremium auf Landesebene. Das Nähere regeln die Landessatzungen.

(4) Die Kreis- und Landesverbände haben Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Die Finanzautonomie besteht im Rahmen dieser Satzung sowie der geltenden Kassen- und Finanzordnung. Programm und Satzung dürfen den programmatischen Grundsätzen und Zielen des NEUEN FORUM nicht widersprechen. Die Landessatzungen regeln das Nähere.
Verstoßen Programm oder Satzung eines Landesverbandes gegen die Grundsätze und Ziele des NEUEN FORUM, kann der Bundesvorstand dies gegenüber dem Landesvorstand des betreffenden Landesverbandes beanstanden. Kommt der Landesverband der Beanstandung nicht nach, können der Länderrat oder der Bundesvorstand mit einer Zweidrittel-Mehrheit ihrer Mitglieder oder ein Bundesforum Ordnungsmaßnahmen nach § 12, Absatz 5 dieser Satzung aussprechen.
Ordnungsmaßnahmen in diesem Sinne können entweder der Bundesvorstand, der Länderrat oder ein Bundesforum außer Kraft setzen.

§ 5 Gremien

(1) Gremien im Sinne des Parteiengesetzes sind
- das Bundesforum
- der Länderrat
- der Finanzrat
- der Bundesvorstand

(2) Die Gremien der Landesverbände und ihrer Untergliederung werden durch die Satzung der Landesverbände festgelegt, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.

§ 6 Das Bundesforum

(1) Das Bundesforum ist das höchste Gremium des NEUEN FORUM und faßt Beschlüsse auf Bundesebene.

(2) Das Bundesforum kann als Delegierten- oder als Mitgliedervollversammlung durchgeführt werden. Auf Antrag
1. des Bundesforum
2. eines mit mindestens Zweidrittel-Mehrheit gefaßten Beschlusses des Länderrates
3. eines Zehntels der Mitglieder oder eines Zehntels der Kreisverbände
4. von zwei Landesforen
wird das Bundesforum als Mitgliedervollversammlung durchgeführt. Es findet mindestens alle zwei Jahre statt.

(3) Der Bundesvorstand beruft das Bundesforum in der Regel zwölf Wochen vorher durch schriftliche Mitteilung an die Basisgruppen, bei einer Mitgliedervollversammlung an die Mitglieder, unter Beifügung der vorläufigen Tagesordnung ein.

(4) Die Delegierten werden in den Basisgruppen gewählt. Jede Basisgruppe hat den Anspruch, Delegierte zu entsenden: Drei Mitglieder einen Delegierten, bis zu sechs Mitglieder zwei Delegierte, bis zu neun Mitglieder drei Delegierte usw.

(5) Zu den Aufgaben des Bundesforum gehört:
1. Die Beschlußfassung über:
- die Satzung
- das Programm
- die politischen Grundsätze
- den Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes und des Bundesschatzmeisters
- die Entlastung des Bundesvorstandes und des Bundesschatzmeisters
- die Schlichtungsordnung des Bundesverbandes, die Finanzordnung und die Kassenordnung
- die ordnungsgemäß vorgelegten Anträge und die Zulassung von Dringlichkeitsanträgen
- die Verabschiedung des Haushaltsplanes
- die Annahme des Berichts des Bundesfinanzrats
- die Auflösung von Landesverbänden bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Grundsätze und diese Satzung mit Zweidrittel-Mehrheit der Stimmberechtigten.

2. Die Wahl
- des Bundesvorstandes und aus dessen Mitte drei Bundessprecher
- des Bundesschatzmeisters
- der drei Rechnungsprüfer
- der Bundesschlichtungsstelle

(6) Das außerordentliche Bundesforum ist mit einer Frist von sechs Wochen einzuberufen
1. auf Beschluß des ordentlichen Bundesforum
2. auf einen mit mindestens Zweidrittel-Mehrheit gefaßten Beschluß des Länderrates
3. auf einen mit mindestens Zweidrittel-Mehrheit gefaßten Beschluß des Bundesvorstandes
3. auf Antrag eines Zehntels der Mitglieder oder eines Zehntels der Kreisverbände
4. auf Antrag von zwei Landesforen

(7) Anträge, die auf dem Bundesforum behandelt werden sollen, müssen mindestens acht Wochen, bei einem außerordentlichen Bundesforum mindestens drei Wochen vor dem Bundesforum dem Bundesvorstand vorliegen. Spätestens vier bzw. zwei Wochen (Poststempel) vor dem Bundesforum sollen die Anträge an die Basisgruppen verschickt werden. Antragsberechtigt sind Basisgruppen, Kreis- und Landesverbände, der Länderrat, der Bundesvorstand, der Finanzrat sowie zehn Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen. Dringlichkeitsanträge werden behandelt, wenn sie nicht von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt werden.

(8) Beschlüsse und Wahlergebnisse sind zu protokollieren und vom Schriftführer und der Tagungsleitung zu unterzeichnen. Das Protokoll wird

unmittelbar nach seiner Fertigstellung den Mitgliedern der Tagungsleitung und des Bundesvorstandes übersandt. Das Protokoll gilt als angenommen, wenn innerhalb von vier Wochen nach Übersendung (Poststempel) kein Einspruch erfolgt ist.

(9) Das Bundesforum gibt sich eine Geschäftsordnung.

(10) Das Bundesforum ist beschlußfähig, wenn und solange die Hälfte der von der Mandatsprüfungskommission festgestellten Stimmberechtigten anwesend ist. Das Bundesforum wird von zwei Bundessprechern oder sieben Mitgliedern des Bundesvorstandes eröffnet.

§ 7 Länderrat

(1) Der Länderrat ist das höchste Gremium zwischen den Bundesforen. Er besteht aus den von den jeweiligen Landesverbänden zu wählenden bis zu vier Mitgliedern bzw. deren Stellvertretern aus jedem Landesverband. Die Mitglieder des Bundesvorstandes sind im Länderrat stimmberechtigt.

(2) Der Länderrat tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen.

(3) Der Länderrat setzt und beschließt die politischen Schwerpunkte des Bundesverbandes zwischen den Bundesforen. Er kann Berichte des Finanzrates anfordern.

(4) Der Länderrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(5) Der Länderrat ist beschlußfähig, wenn und solange mehr Vertreter der Landesverbände als Mitglieder des Bundesvorstandes anwesend und mehr als die Hälfte der Landesverbände anwesend sind.

§ 8 Finanzrat

(1) Der Finanzrat besteht aus dem Bundesschatzmeister und je einem von den jeweiligen Landesforen zu wählenden Mitglied bzw. dessen Stellvertreter aus jedem Landesverband.

(2) Der Finanzrat tritt mindestens alle zwei Monate zusammen.

(3) Zu den Aufgaben des Finanzrates gehört:
- die Erarbeitung des Haushaltsentwurfes des Bundesverbandes und der mittelfristigen Finanzplanung
- die Erarbeitung von Beschlußvorlagen über Finanzanträge an den Bundesvorstand
- die Entgegennahme des Berichts des Bundesschatzmeisters über die Situation der Finanzen des Bundesverbandes.

(4) Der Finanzrat ist berechtigt, die Rechnungsprüfer mit der Überprüfung der Kassenführung und der Abrechnung der Landesverbände zu beauftragen.

(5) Der Finanzrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9 Bundesschatzmeister

(1) Der Bundesschatzmeister wird vom Bundesforum gewählt. Er ist stimmberechtigtes Mitglied des Bundesvorstandes.

(2) Der Bundesschatzmeister ist verpflichtet an den Sitzungen des Bundesvorstandes und an den Sitzungen des Finanzrates teilzunehmen.

(3) Der Bundesschatzmeister ist verantwortlich und haftet für:
- die ständige Überwachung der finanziellen Angelegenheiten der Bundesgeschäftsstelle, insbesondere der Kontenführung, sowie der satzungsgemäßen Verwendung der Bundesmittel
- die Erarbeitung der jährlichen Rechenschaftsberichte des Bundesverbandes nach den Anforderungen des Parteiengesetzes

§ 10 Bundesvorstand

(1) Der Bundesvorstand ist das für die Bundesebene zuständige Gremium zwischen den Bundesforen bzw. den Länderratssitzungen. Seine gleichberechtigten Mitglieder werden vom Bundesforum gewählt.

VARIANTE a)
Der Bundesvorstand besteht aus je zwei Vertretern aus jedem Landesverband und dem Bundesschatzmeister.

VARIANTE b)
Der Bundesvorstand besteht aus dreizehn Mitgliedern - darunter der Bundesschatzmeister - unabhängig davon, welchem Landesverband sie angehören.

Aus der Mitte der Mitglieder des Bundesvorstandes wählt das Bundesforum drei gleichberechtigte Bundessprecher, von denen jeweils zwei gemeinschaftlich den Bundesverband gemäß § 26, Abs. 2 BGB nach außen vertreten.

(2) Der Bundesvorstand tagt mindestens einmal im Monat. Seine Mitglieder sind zur Teilnahme an den Sitzungen verpflichtet.

(3) Die Amtsperiode beträgt höchstens zwei Jahre. Eine Wiederwahl der Mitglieder des Bundesvorstandes ist mit Zweidrittel-Mehrheit möglich.

(4) Der Bundesvorstand unterhält eine Bundesgeschäftsstelle am Sitz der Vereinigung.

(5) Der Bundesvorstand ist an Beschlüsse des Bundesforum, des Länderrates und die Ergebnisse von Urabstimmungen gebunden.

(6) Der Bundesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

(7) Der Bundesvorstand ist beschlußfähig, wenn und solange die Hälfte seiner Mitglieder, darunter ein Bundessprecher, anwesend ist.

§ 11 FORUM-Rat

(1) Zur Kontrolle des Bundesvorstandes und des Länderrates wählt das Bundesforum einen FORUM-Rat.

(2) Ihm gehören drei vom Bundesforum zu wählende Mitglieder an. Mitglieder des FORUM-Rates dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder in Bundes- und Landesgremien sein.

(3) Der FORUM-Rat behandelt alle Beschwerden über den Bundesvorstand, den Länderrat und deren Mitglieder.

(4) Er hat das Recht, dem Bundesforum Bericht zu erstatten.

§ 12 Schlichtungsstellen

(1) Auf Bundes- und Landesebene bestehen Schlichtungsstellen.

(2) Die Bundesschlichtungsstelle besteht aus drei vom Bundesforum auf die Zeit von zwei Jahren gewählten Mitgliedern und den jeweils zu benennenden Beisitzern. Für jeden zu entscheidenden Fall kann jede der beiden streitenden Seiten je einen Beisitzer benennen. Für die Bundesschlichtungsstelle werden bis zu drei Stellvertreter gewählt. Ihre Rangfolge bestimmt sich nach der bei der Wahl erhaltenen Stimmenzahl.

(3) Alle Mitglieder der Schlichtungsstellen sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

(4) Die Bundesschlichtungsstelle entscheidet über die Beschwerde gegen den Spruch einer Landesschlichtungsstelle sowie bei Streitigkeiten über die Auslegung dieser Satzung.

(5) Zulässige Ordnungsmaßnahmen sind die Amtsenthebung, Aussetzung der Mitgliedsrechte, das Verbot, für bestimmte Zeit in der Vereinigung ein Amt bekleiden zu können, die Verwarnung und der Ausschluß. Ordnungsmaßnahmen können ausgesprochen werden, wenn das Mitglied gegen die Satzung oder die Grundsätze des NEUEN FORUM verstößt.

(6) Das Nähere regelt die Schlichtungsordnung.

§ 13 Wahlen

(1) Das NEUE FORUM wirkt an der politischen Willensbildung mit, indem es sich insbesondere durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligt.

(2) Auf Bewerberlisten für Wahlen zu Volksvertretungen können Mitglieder von Basisorganisationen, Bürgerinitiativen und sozialen Interessenverbänden kandidieren, auch wenn sie nicht Mitglied des NEUEN FORUM sind. Die Aufstellung von Bewerberlisten soll in enger Kooperation und Abstimmung mit diesen Gruppen geschehen. Diese Gruppen können Bewerber für die Liste der Wahlversammlung vorschlagen und deren Wahl empfehlen.

§ 14 Unvereinbarkeitsregeln

(1) Europaparlaments-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete dürfen nicht gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes oder des Länderrates sein.

(2) Mitglieder der Schlichtungsstellen dürfen gleichzeitig kein anderes Amt und keine andere Funktion im NEUEN FORUM innehaben.

(3) Mitglieder des Finanzrates, mit Ausnahme des Bundesschatzmeisters, können nicht gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes sein.

§ 15 Urabstimmung

(1) Eine Urabstimmung wird durchgeführt auf Verlangen:
- des Bundesforum
- des Länderrates
- von einem Zehntel der Mitglieder oder einem Zehntel der Kreisverbände
- von zwei Landesforen

(2) Nach Verlangen gemäß Abs. 1 ist vom Bundesvorstand unverzüglich die Urabstimmung einzuleiten. Den Inhalt der zur Urabstimmung gestellten Fragen legen die Antragsteller fest.

(3) Es entscheidet die Mehrheit von Zweidrittel der abgegebenen Stimmen. Die Urabstimmung erlangt ihre Gültigkeit durch Teilnahme von mindestens 25% der Mitglieder.

(4) Das Ergebnis einer gültigen Urabstimmung ist für alle Gremien des NEUEN FORUM bindend.

(5) Die Kosten der Urabstimmung trägt der Bundesverband.

(6) Ein einmal urabgestimmter Inhalt kann erst nach Ablauf von einem Jahr erneut Gegenstand eines Urabstimmungsverfahrens sein.

§ 16 Grundsätze der Finanzordnung

(1) Die Finanzordnung ist auf Vorschlag des Finanzrates vom Bundesforum zu beschließen.

(2) Die Finanzordnung muß Regelungen darüber enthalten, daß:
- der Bundesvorstand zum Ende jedes Kalenderjahres (Rechnungsjahr) über die Herkunft und die Verwendung der Mittel, die dem NEUEN FORUM innerhalb des Kalenderjahres zugeflossen sind, in einem Rechenschaftsbericht öffentlich Rechenschaft zu geben hat. Im Rechenschaftsbericht ist auch die Zahl der beitragspflichtigen Mitglieder zum Ende des Rechnungsjahres zu verzeichnen.
- der Rechenschaftsbericht von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer gemäß den Vorschriften des Parteiengesetzes zu prüfen ist.
- der Rechenschaftsbericht bis zum 30. September des dem Rechnungsjahr folgenden Jahres beim Präsidenten des Deutschen Bundestages einzureichen ist.
- der Rechenschaftsbericht dem jeweils nächsten Bundesforum zur Bestätigung vorzulegen ist.
- der Rechenschaftsbericht auch jedem Mitglied des NEUEN FORUM zugänglich sein muß.
- der Rechenschaftsbericht die in § 24 Parteiengesetz vorgeschriebene Gliederung aufzuweisen hat.

(3) Die Landesverbände sind verpflichtet ihre Rechenschaftsberichte bis zum 31. März des dem Rechnungsjahr folgenden Jahres an den Bundesvorstand einzureichen.

(4) In der Kassenordnung ist neben den Bestimmungen über die Kassenführung die Buchführung über die rechenschaftspflichtigen Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen näher zu regeln.

§ 17 Satzungsänderung, Auflösung und Verschmelzung

(1) Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von Zweidrittel der Stimmberechtigten. Sie können nicht Gegenstand eines Dringlichkeitsantrages sein.

(2) Über Auflösung und Verschmelzung entscheidet das Bundesforum mit Zweidrittel-Mehrheit der Stimmberechtigten bei vorliegender Beschlußfähigkeit gemäß § 6, Abs. 10 dieser Satzung. Der Beschluß erhält seine Wirksamkeit durch eine Urabstimmung, die ebenfalls mit Zweidrittel-Mehrheit in den jeweiligen Kreisverbänden ausfallen muß. Zur Teilnahme an der Urabstimmung sind alle Mitglieder verpflichtet, sie hat schriftlich und anonym zu erfolgen. Nicht abgegebene Stimmen zählen nicht. Die Mitgliedschaft von Mitgliedern, die nach einmaliger Mahnung die Teilnahme an der Urabstimmung versagen, gilt als ruhend. Kreisverbände, deren Mitglieder der Verschmelzung oder Auflösung nicht zugestimmt haben (Zweidrittel-Mehrheit), bleiben als Verbände des NEUEN FORUM bestehen.
Bei Auflösung oder Verschmelzung eines Landesverbandes geht dessen Vermögen an den Bundesverband. Bei Auflösung des Bundesverbandes wird das Vermögen anerkannten gemeinnützigen Vereinen überwiesen. Die genaue Aufteilung des Vermögens wird im Auflösungsbeschluß geregelt. Bei Verschmelzung des Bundesverbandes wird das Vermögen in die Verschmelzungsmasse eingebracht.

Leserbriefe

Thesen über eine gesellschaftlich irrelevante Randgruppe

Anmerkung zu den Thesen von Malte Letz (Bulletin Nr. 40, S. 5)

Bevor Herr Malte Letz seine Thesen vor dem Bundesforum in Arendsee explizierte, hätte er besser mal mit Forum-Leuten reden sollen, als nur über sie. Ich glaube nicht, daß im NEUEN FORUM irgendwer larmoyant ist; auch sähe das Leben sehr armselig aus, wenn wir es nur noch auf „Gegenwart und nahe Zukunft" festlegen sollten. Wollte uns hier schon wieder jemand irgendwelche Verdrängungsmechanismen suggerieren?
P.S.: Bitte macht das Informations-Bulletin nicht zu einem Comic-Heft.
PETER SCHULZE
NEUES FORUM GÜSTROW

Liebe Friedensfreunde vom
NEUEN FORUM!

Zunächst auch bei mir und meinen politischen Freundinnen und Freunden völliges Unverständnis über das „Kohl-Kränzchen" bei Bärbel Bohley. Ja, wenn man noch wenigstens gelesen hätte, d a ß und wie sie ihm den politischen Marsch geblasen hätte, daß er fast empört den Raum verlassen hätte ... nichts!
Zweimal habe ich aufmerksam die „PolitischenThesen" des BKR gelesen. Alles richtige Forderungen, aber alles rührend brav nur gefordert von Politikern, die das meiste doch nicht tun werden. Rafft Euch doch mal auf, zu sagen: „Wenn Ihr die und die Forderung nicht bald erfüllt, werden wir uns in der Tat und durch die Tat verweigern."
Warum sollen nur „Kriegsdienstverweigerer" ihrem Gewissen folgen, sogar folgen dürfen und NEIN sagen zum Kriegsdienst mit der Waffe. Wir Zivilisten, so schlage ich vor, treten von der Zumutung, einen Kriegseinsatz unterstützen zu sollen, vornehm zurück. Das tun sogar Minister, wenn sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen! Warum sollten wir Basisdemokraten dahinter zurückstehen?
Alle Menschen im „Beitrittsgebiet" sollten den Beitritt in eine Zivilverteidigung ablehnen und in den Ämtern jede Mitarbeit verweigern.
Mit freundlichen Grüßen
RUDOLF PRAHM, BREMEN

Empfehlung

europäische ideen
Heft 96: StasiSachen 6

Inhalt:
Sieghard Pohl / MfS: Vernehmungsprotokolle 1964
MfS-Akten Robert Havemann (GI Leitz), Jürgen Fuchs
Karl Corino: Die Akte Kant. 9 Stimmen
Uwe Kolbe über IM "Albert" alias Peter Mugay
Angelika Barbe über Monika Maron
Bohley/Fuchs: Appell an Kohl
Erklärung von Bürgerrechtlern

Hrsg. Andreas W. Mytze.
Bezug: Buchhandlung Zimmermann, Schloßstr. 29, 14059 Berlin
Fon 030-342 40 44

Zitat aus e.i. 96:

Günter Ullmann:
Einst und Jetzt

einst sozialistischer leiter
jetzt chef

einst dissident
jetzt arbeitslos

einst hoffnung
jetzt ...

Den grundsätzlichen Abwärtstrend gibt es nicht

Zwölf Bemerkungen zu den „Zwölf Thesen über die Verantwortung der 89er Bürgerrechtler für ihren Abwärtstrend"

1. Die 89er waren eine kleine und eingeschworene Gruppe, die mit kühner Zukunftsvision kurzzeitig viele Menschen begeisterten und langfristig wenig Leute zur dauerhaften Arbeit gewannen. Insofern waren sie - im Vergleich zu Volksparteien von Anfang an „einsam".

2. Die interne Analyse hat durchaus stattgefunden. Sie erbringt konkrete Ergebnisse in der Zuordnung aktiver 89er in Parteien, in denen Wirksamkeit durch "saubere Vergangenheit" garantiert wird.

3. Neben Resignation und Ratlosigkeit die zweifellos ernstzunehmende Faktoren sind, haben sich die 89er durchaus Fachkompetenz angeeignet, die heute unverzichtbar ist. Es wird Fleißarbeit geleistet, die nicht schlechter als die in beliebigen Parteien zu werten ist.

4. Der Moralismus der 89er besteht zu wesentlichen Teilen in der gegenüber jedermann unbarmherzigen Nachfrage "Wie hältst Du's mit der Stasi?" Diese Nachfrage betrifft auch die "eigenen Leute". Dabei sind viele von uns durch das eigene Sieb gefallen. Obwohl dazu von außen laut gelacht wird, ist das gar nicht schlecht.

5. Als Randgruppe der bundesdeutschen Politlandschaft genießen die 89er den Medienstellenwert, der zu erwarten ist, wie er ist. Mehr ist zur Zeit nicht drin. Die von den Medien gefragten Personen sind namentlich als Ansprechpartner bekannt und wirken damit automatisch prominent, ohne es (in jedem Fall) für sich zu beanspruchen.

6. Die Grundsätze von 89 waren bereits eine klare Kritik an der schon damaligen bundesdeutschen Realität , die uns wider Willen überkam. Es gibt keinen zwingenden Grund, diese Grundsätze eilfertig im Sinn aktueller Anpassung über Bord zu werfen.

7. Kompromiß und Integration sind Begriffe, die für kleine Gruppen (wie die 89er) ein sehr hohes Risiko beinhalten: Aufgabe grundsätzlicher Werte in einem großen erfolgreichen Chor halbwegs verwandter politischer Kräfte ohne erkennbaren Erfolg für die Gruppe.

8. Der Zustrom neuer Kräfte (Personen) in Parteien und Bewegungen, die demokratische, langfristige und gewaltfreie Änderungen im Staat anstreben, ist zur Zeit nicht vorhanden. Politische Faulheit ist nicht nur bei den 89ern Mode.

9. Die Kompetenz in Sachfragen haben sich viele 89er durchaus zusätzlich zur moralischen Glaubhaftigkeit erworben. Wir erwarteten jedoch nicht (weil wir naiv waren), daß die "Kompetenz" des Geldes, des neuen Filzes mit alten Personen und der dritten Garnitur westlicher Helfer heute einen höheren Stellenwert als Faktenwissen besitzen kann. Die Mehrheit der Bürger erwartet und erhofft schnelle Besserung der persönlichen Lebenslage. Das zu versprechen, erkannten die 89er als Unwahrheit. Gut so.

10. Die PDS ist (möglicherweise im Gegensatz zu den 89ern) in den neuen Bundesländern "noch über eine längere Zeit nicht ignorierbare und ausschaltbare politische Kraft." Stimmt schon so weit.
Die PDS hat viele Gedanken und Ziele der 89er heute in ihrem Verkündigungsprogramm. Die PDS redet lauter als die 89er dies tun. Die PDS hat mehr Altparteienvermögen. Die 89er haben kein Altparteienvermögen und das Geld, was nach '89 zugeflossen ist, wurde manchmal mit viel Herz und wenig kühler Überlegung ausgegeben - na und war das so schlecht?
Die PDS hat mehr und zahlungskräftigere Mitläufer und Sympathisanten als die 89er. Sind das die Gründe für die 89er, diese Partei ganz besonders als Gesprächspartner zu beachten?

11. Die 89er ziehen allerdings die Parallele von nicht bewältigter Nazi-Vergangenheit zur nicht aufgearbeiteten DDR-Geschichte. Insofern sind sie für diejenigen unbequem, die das Funktionieren deutscher Diktaturen (aus eigener Scham?) nicht begreifen wollen oder können.

12. Die Perspektive der 89er kann sich nicht aus "pragmatischem Agieren" ergeben. Perspektive ist nicht die Suche nach Kompromissen und Bündnissen, die zwangsläufig zur Nichterkennbarkeit der 89er führen. Zukunft ist in jeglicher Hinsicht unabhängige öffentliche Meinungsäußerung, die durch persönlich glaubhaftes Engagement und Sachlichkeit Menschen überzeugen kann.

Nachsatz: Natürlich wissen wir alle, welchen Stellenwert wir in der Gesellschaft heute einnehmen. Wir sind auch häufig müde, enttäuscht und ohne Zukunftsglauben. Wir sind zerstritten und wirken nach außen oft sonderbar. Aber wir haben uns eben nicht eingepaßt in alles und jedes. Wir mischen uns ein in die neue Gesellschaft.
Das sollten wir auch weiterhin nicht aufgeben.

09.10.95

Martin Hertneck
Neues Forum Fürstenwalde

Betrifft: Politische Thesen des BKR

(siehe Bulletin Nr. 40)

Folgende Ergänzung bzw. Änderung des 1. Absatzes auf S. 3 schlage ich vor:

Das NEUE FORUM erachtet im Schutz der Natur die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen. Genmanipulationen sind nach unserer Überzeugung unkontrollierbar und unberechenbar. Daher sind diese Manipulationen an Pflanze, Tier und Mensch - an allen Lebewesen - gesetzlich zu unterbinden.
Schutz der Natur verlangt einen sofortigen Stop der gegenwärtigen Praxis des unbegrenzten Landschaftsverbrauches für Industriegebiete und Wohnsiedlungen. Wir treten für die Rekonstruktion vorhandener Standorte ein, unabhängig von den anfallenden hohen Erneuerungskosten.

30.08.95

Martin Hertneck (s.o.)

Freispruch für Waffenexportgegner

Letzter Prozeß wegen Schiffsbesetzung in Peenemünde

"Deutsche UN-Diplomaten nannten die Auflösung der Bestände der früheren DDR-Truppen als Hauptgrund für das nach wie vor hohe deutsche Exportniveau bei Waffen.", so steht es am 3. November 95 in der *taz* unter der Überschrift: "Deutschland erneut zweitgrößter Waffenexporteur":
Am selben Tag fand im Amtsgericht Wolgast der Prozeß gegen Ulf Thämelt und Holm Vogel wegen Sachbeschädigung, Behinderung der Schiffahrtswege und Landfriedensbruch statt. Ihnen wurde ein Schaden von DM 500.000 zur Last gelegt. Während einer angemeldeten Demonstration wurden ihre Personalien festgestellt. Gleichzeitig wurden Pfingsten 1993 im ehemaligen NVA-Marinehafen Peenemünde 3 von 39 zum Verkauf an Indonesien vorgesehene Schiffe besetzt. Gegen die sieben Kriegsschiffbesetzer waren Ordnungsstrafen verhängt worden.

Der Prozeß gegen die beiden Dresdener Ulf und Holm endete mit einem Freispruch. Obwohl der schon einmal verschobene Prozeßtermin kurzfristig vorverlegt worden war, fanden sich etliche Demonstranten aus Berlin und Dresden ein. Die Peenemündeprozesse gegen *Timor und kein Trupp* sind nun abgeschlossen.

In Indonesien gehen derweil die Proteste gegen die Diktatur weiter. Hier brachte der Deal den Deutschland-Kenner und Technologieminister Habibie in arge Bedrängnis. Das angebliche Schnäppchen von 20 Mio US-Dollar Kaufpreis für 39 Kriegsschiffe entwickelte sich zu einem Gesamtumfang von 1,1 Mrd US-Dollar für Reparatur (eines der Schiffe geriet bei der Überführung in Seenot), Modernisierung, Überführung, Bewaffnung und Ausbildung der Besatzung.

Im Zuge der öffentlichen Debatte über den Schiffs-Deal in Indonesien wurden die Zeitschriften TEMPO, EDITOR und DETIK, vergleichbar mit SPIEGEL, ZEIT und FOCUS in Deutschland, verboten. Gegen mehrere indonesische Teilnehmer der Proteste gegen den Staatsbesuch des Präsidenten Suharto in Deutschland im Frühjahr diesen Jahres stehen Prozesse u.a. wegen versuchten Präsidentenmordes(!) an.

Hätte der Runde Tisch beschlossen statt der elektronischen Stasidatenträger die NVA-Waffen zu vernichten bzw. zu konversieren, wäre manches jetzt einfacher. Die meisten Waffen wurden nach Griechenland und in die Türkei geliefert, ungeachtet der sich zuspitzenden Situation in der Ägäis. Erst am 5. Oktober 95 wurde ein griechischer Kriegsdienstverweigerer zu 4 Jahren Haft verurteilt, mit der Begründung, daß das Ausnahmegesetz über die "Generalmobilmachung" gelte. Beim Berufungsprozeß, der unter Teilnahme des grünen Europaabgeordneten Wolfgang Ullmann stattfand, wurde dieses Urteil zwar in ein Jahr auf Bewährung umgewandelt, zu Weihnachten flatterte Nikos Karanikas jedoch ein erneuter Einberufungsbefehl auf den Tisch.

Michael Baehr/gh



kurz & knapp

Kerze als Friedenssymbol

Durch freien Bürgerwillen hat sich Erfurt 1991 zur Stadt des Friedens erklärt. Zur Schau gestellte militärische Macht, wie der von der Bundeswehr für den 9. Oktober geplante Große Zapfenstreich, widerspricht dem selbstgestellten Anspruch unserer Stadt. Wir wollen am 9. Oktober um 20.15 Uhr auf dem Domplatz mit dem alten Symbol der brennenden Kerze einZeichen für Frieden und Gewaltlosigkeit setzen.

05.10.1995

Kundisch
für den Stadtsprecherrat
des Neuen Forum Erfurt

Deserteursdenkmal

Am 22. März 95 hatte auch die Fraktion Grüne/Neues Forum im Erfurter Stadtparlament der Aufstellung eines Deserteursdenkmals zugestimmt. Nach mehreren Verhinderungsversuchen wurde es am 1. September 95 eingeweiht.

Oder/Spree

Thomas Schubert von der Kreistagsfraktion Neues Forum/Bündnis 90/Die Grünen im Landkreis Oder Spree (Brandenburg) wirft der Mehrheit der Abgeordneten mangelnden politischen Entscheidungswillen vor. Von den eingebrachten Anträgen seiner Fraktion bezüglich Energiesparkonzept, Einsetzung eines Energiesparbeauftragten, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Ökologisierung des Bürobedarfs war am Ende wenig übriggeblieben.

nach Berliner Morgenpost vom 20.12.95

Ehrenerklärung

Ende November '95 gab Jochen Läßig eine Ehrenerklärung für Oliver Kloß ab. Läßig hatte im April '94 in der Leipziger Volkszeitung den Wahlantritt des NEUEN FORUM als Sabotage bezeichnet und Kloß Unterschlagungen und trotzkistischen Einfluß unterstellt.

Sisyphos

Erzählungen von Lutz Rathenow

Es heißt schon was, wenn man im Aufbauprogramm eines neuen Verlagshauses vom Kaliber des soeben gegründeten Berlin Verlages neben der südafrikanischen Literaturnobelpreisträgerin Nadine Gordimer, der renommierten Kanadierin Margaret Atwood und dem russischen Avantgardeliteraten Viktor Jerofejew und dem amerikanischen Soziologen Richard Sennett vertreten ist. Es ist dem risikofreudigen Verlagschef Arnulf Conradi (ehemals Geschäftsführer beim Fischer Verlag) hoch anzurechnen, daß sein Verlagshaus am Prenzlauer Berg auch jene Autoren nicht vergessen hat, die gerade aus dieser Ecke der deutschen Literaturlandschaft stammen. Lutz Rathenow zum Beispiel, Ex-DDR-Dissident und rühriger Wendezeitkommentator.

Seinem soeben erschienenen Erzählband „Sisyphos" ist beides anzusehen, die Verankerung im ehemaligen DDR-Staat und die gesamtdeutsche Perspektive nach der Wende. Satiren und Grotesken, schmerzvolle Erinnerungen und humorvolle Beziehungskisten („Sie verfügte zwar über eine ansehnliche Oberweite, in ihrem Kopf schien sich dies aber nicht vorteilhaft niederzuschlagen."), das Nebeneinander von Gewohnheit und Grauen, von leeren Phrasen und tiefen Emotionen, von Privatem und Politischem markieren unterschiedliche Versuche, mit der Vergangenheit und Gegenwart klar zu kommen.

Da geistert ein Mann mit einem Beil im Kopf und einem in der Hand durch die Träume eines DDR-Schülers, der in dem Hackebeilmonster bald seinen Klassenlehrer erkennt. Jetzt weiß er: „So sieht eine gespaltene Persönlichkeit aus." Schauspieler würde er gerne werden, in einem Western, der in der Schule spielt, ein Lehrer für Lehrer im fairen Duell umlegen. Doch das sind nur Wunschträume. „Indianer haben den Marterpfahl, er den Schulweg."

Oder wir lesen von Paul, der jede freie Minute ans Meer fährt, um endlich mal eine Flaschenpost zu finden, in der Erwartung, jener Tag würde sein Leben ändern. Als er dann fündig wird, rät ihm die Zettelbotschaft, künftig jeden Strand zu meiden. Er reist fortan in die Berge. Oder wir erfahren von einem Jungen, dem es Spaß macht auf seinem rot-schwarzen Fahrrad („Rot-Schwarz, Kommunismus plus Anarchie") gegen die vorgeschriebene Richtung zu fahren.

Es geht in dem Erzählband vor allem um die kleinen Rebellionen im Kopf und im Alltag, ums Aufbegehren und Resignieren und um all die unlösbaren Kalamitäten, die unser Leben so beschwerlich machen können. Manche der Kurzgeschichten erinnern in Stil und Duktus an die lakonischen Nachkriegsgeschichten eines Wolfgang Borchert, andere lassen an die „lieblosen Legenden" eines Wolfgang Hildesheimer denken, etwa wenn es darum geht, daß das Aufsetzen eines einschlägigen „Zentralorgans" (man denke ans „Neue Deutschland") in mützenähnlicher Form zum Unsichtbarwerden seiner Träger führt.

„Immer größere Teile der Bevölkerung verschwanden." Eine unvorhersehbare Verwirrung ist die Folge. „An der Jenaer und Hallenser Universität besetzte je eine Gruppe unsichtbarer Studenten das Rektorat, was zu Verwüstungen im Aktenbestand führte", bis sich die Regierung entschließt, das Erscheinen aller Presse- und Druckerzeugnisse einzustellen. Auch eine Lösung des Presseproblems in einer Diktatur.

Ähnlich skurril die Erzählung „Historie", handelnd in einem „Land, wo das Gesetz vorschreibt, der Kopfbedeckung des Staatshöchsten seine Ehrerbietung zu erweisen", was zu furchtbaren Verwechslungen führt, als dieser ranghöchste Regierende selbst - natürlich ohne zu grüßen - seine Kopfbedeckung passieren möchte. Das „leidenschaftliche Engagement des Volkes für die Würde des Höchsten" wird ihm fast zum Verhängnis.

Doch auch die Zeit nach der Wende hat so ihre Tücken, etwa wenn man feststellen muß, daß das neue Erdgas sehr spät erst betäubt und für Selbstmorde ganz ungeeignet ist, oder wenn Großmutter sich weigert, angesichts der Abrißbirne ihr Zimmer zu räumen. „Ich habe zwei Kriege überlebt", da wird sie auch das überleben. Zum Schluß dann noch eine absurde Lektion im „töten lernen". Der Ich-Erzähler erschießt einen befreundeten Streetworker, weil dieser ihn nicht bei der Stasi verpfiffen hat. Er nahm es ihm übel, daß er ihn in der Anonymität belassen hat.

Für Rathenow sind Perversionen „die normale Art, auf den alltäglichen Wahnsinn zu reagieren". Die meisten der 27 Geschichten enden deshalb auch wenig tröstlich. Auch Sisyphos mit dem Stein hat es da nicht ganz leicht. Er träumt in der Titelgeschichte von einer Zelle. „Schön klein soll sie sein. Hineinsperren solle man ihn. Da paßt der Stein nicht mit rein."

Bernd Ogan

Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung unterstützte das Buch und seine Verbreitung unter Jugendlichen. Eine konservative Stiftung wird es 1996 mit einem Literaturpreis würdigen. Diese Widersprüche bei der Aufnahme seiner Texte begleiten Rathenow nun ein Schriftstellerleben lang. Sie sind typisch für die Schwierigkeiten eines Intellektuellen, sich ins politische Koordinatensystem der Bundesrepublik einzuordnen. Seine Prosa lebt von der Spannung zwischen traditionellem Erzählen und spielerischer Erkundung neuer Möglichkeiten der kurzen Form. Wie weit beides in der geplanten Autobiografie zusammenfinden wird, bleibt abzuwarten.

Udo Scheer

Lutz Rathenow: „Sisyphos". Erzählungen, Berlin Verlag, 1995, 160 Seiten, 32 DM

Archiv Aktiv

Gewaltfreie Aktion, Ziviler Ungehorsam, ... das sind Begriffe, die in der deutschen Öffentlichkeit immer noch mehr mit Mahatma Gandhi oder Martin Luther King in Verbindung gebracht werden, als mit relevanten politischen Bewegungen in eigenen Land.

Blockaden oder Platzbesetzungen werden zwar wahrgenommen, aber wie solche Aktionen zustande kommen, wer die Akteure sind, welches Selbstverständnis diese haben und auf welchen Traditionen sie aufbauen..., all das bleibt ausgeklammert. Das hat viel mit den Mediengewohnheiten zu tun. Aber kaum verständlich ist, daß auch die gewaltfreie Bewegung in der BRD selbst von ihrer Geschichte wenig weiß.

Dabei nahmen die Anhänger der gewaltfreien direkten Aktion in den letzten 25 Jahren spürbar Einfluß auf die Kampagnenplanung und Aktionsformen der Ökologie- und Friedensbewegung.

Zu selten wird innerhalb der Bewegung auch über deren strukturelle Schwächen nachgedacht. So manches könnte aus früheren Erfahrungen und im Vergleich mit anderen Ländern gelernt werden.

Den Defiziten in der Verarbeitung der Erfahrungen will das Hamburger „ARCHIV AKTIV - Auswertungen und Anregungen - für gewaltfreie Bewegungen" auf verschiedene Weise begegnen:

Im Archiv Aktiv werden Materialien aus gewaltfrei orientierten Neuen Sozialen Bewegungen gesammelt, aufbereitet und zur Nutzung für Aktive aus der gewaltfreien Bewegung sowie für Studenten, JournalistInnen usw. bereitgehalten.

Aktiv soll das Material in Zusammenarbeit mit den NutzerInnen ausgewertet und zu einem „aktiven Gedächtnis der Bewegung" zugunsten von notwendigem gewaltfreien Handeln gemacht werden.

Dies geschieht u.a. in der Organisation von Begegnungen zwischen ehemaligen Aktiven sowie zwischen früher Aktiven und heutigen AktivistInnen, um gemeinsam Erfahrungen aufzuarbeiten und weiterzugeben. Die im Archiv lagernden Dokumente dienen als Basismaterial zur Vorbereitung und Ergänzung der Begegnungs- und Bildungsarbeit.

Schwerpunktmäßig wird derzeit das Thema „Entwicklung der gewaltfreien Bewegung zwischen 1945 und 1968" aufgearbeitet. Weitere zeitgeschichtliche Projekte warten darauf, daß sich aktive Interessenten zusammenfinden.

Eine andere Form, Erfahrungen zu vermitteln, sind Seminarreisen z.B. nach Gorleben oder auf den südfranzösischen Larzac (Beispiel der erfolgreichen Verhinderung eines Truppenübungsplatzes), wo vor Ort Gespräche mit Menschen geführt werden, die intensiv gewaltfreien Widerstand geleistet haben.

Das Archiv Aktiv sucht freie MitarbeiterInnen, um noch wirksamer der gewaltfreien Bewegung nützen zu können.

Was sammelt das ARCHIV AKTIV?

Zeitschriften, Broschüren, interne Rundbriefe, Flugblätter und Unterlagen zu Kampagnen und Aktionen gewaltfreier Gruppierungen der Ökologie- und Friedensbewegung in (West)- Deutschland nach 1945, aber auch im Ausland (insbesondere War Resisters International und Internationaler Versöhnungsbund).

Die Materialien stammen u.a. aus dem Nachlaß von Trude Westhoff, und dokumentieren ein breites Spektrum der Friedens- und Umweltbewegung in den 50er und 60er Jahren. Die Entwicklung gewaltfreier Theorie und Praxis im Zeitraum 1945-68 wird durch Zeitzeugeninterviews und Recherchen ergänzt.

Ein weiterer Teil des Bestandes stammt aus der Begleitung gewaltfreier Initiativen seit 1965 durch Wolfgang Hertle. Dazu gehören u.a. Unterlagen aus den Jahren vor und nach Gründung der Zeitschrift „graswurzelrevolution" (1972 in Augsburg), den Kampagnen der ersten Jahre im Umfeld der GWR (z.B. für die spanischen Kriegsdienstverweigerer, gegen die französischen Atomtests im Pazifik, zugunsten der kalifornischen Farmarbeiter, Stromzahlungsboykott) und der Beteiligung gewaltfreier Gruppen an der Anti-AKW-Bewegung von Wyhl über Brokdorf bis Gorleben.

Die Entwicklung der Infrastruktur der gewaltfreien Aktionsgruppen seit 1969 wird weiter ergänzt durch Unterlagen der „Graswurzelwerkstatt" (ab 1974) und der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (ab 1980).

Der Beitrag gewaltfreier Gruppen zur Friedensbewegung der 80er Jahre wird deutlich in den Materialien der „Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam", die Dieter Schöffmann einbrachte. Daneben gibt es zahlreiche weitere Dossiers zu Kampagnen und standortbezogenem Widerstand, z.B. Hunsrück, Mutlangen, internationale gewaltfreie Märsche, Steuerverweigerung, Totalverweigerung usw.. Zu erwähnen ist auch das Material aus der Arbeit von Trainingskollektiven und Bildungseinrichtungen der gewaltfreien Bewegung.

Die Sammlung konzentriert sich auf eigenständige gewaltfreie Aktionsgruppen bzw. auf Strömungen innerhalb größerer pazifistischer bzw. Umweltschutzverbände (wie DFG-VK, Versöhnungsbund, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) usw. in ihren Bemühungen, Theorie und Methoden des gewaltfreien Widerstandes zu vermitteln und die Praxis direkter gewaltfreier Aktion sowie den Zivilen Ungehorsam zu fördern.

Weitere Infos zur Archivarbeit werden gegen DM 3,- in Briefmarken zugesandt:

Archiv Aktiv, Sternschanze 1, 20357 Hamburg, Tel.: 040/4302046

Wolfgang Hertle

Stasi-Rechtsanwälte und die deutsche Erbsünde

*Der schlimmste Feind
im ganzen Land
ist und bleibt der Denunziant*

Es ist schon lange her, daß solche Worte Geltung hatten.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, Spitzel sind nun salonfähig. Spitzel können Anwalt des Rechts werden, wenn sie nicht gegen das Menschenrecht verstoßen haben..

Hier müssen sich die Verfassungsrichter und der Rechtsstaat hinterfragen lassen, ob nicht in diesem Falle ebenso wie überhaupt im Umgang mit Verantwortlichen für das Unrecht in DDR-Zeiten die Gerechtigkeit ins Gegenteil verkehrt werden soll.

Vertuschen-Verdrängen-Vergessen!

Es ist ein gutes Beispiel dafür, daß man in diesem Lande unfähig ist, über die Wurzeln deutschen Übels nachzudenken, geschweige denn in ernsthaften Auseinandersetzungen darüber ins Gespräch zu kommen. Wie nach 1945, so zeichnet sich auch gegenwärtig wieder dieses gesamtgesellschaftliche Phänomen immer deutlicher ab. Ich möchte es die deutsche Erbsünde nennen.

Es ist nahezu rührend mit welcher Liebe und Fürsorge man sich der Schuldigen annimmt. Spitzel können nun auch in die Parteien eintreten, die CDU einbegriffen, ohne es "ihnen nachzutragen". Nun finden sich z.B. der Oberdissident Eppelmann und der IM Günther Engel als Parteifreunde friedlich "versöhnt und vereint" wieder.

Die Geschundenen und Verfolgten, die "Schindlers und ihre Listen" dagegen werden unter den Teppich der Geschichte gekehrt.

Oder geschieht das alles nur aus Angst? Angst vor dem Herrschaftswissen der einst Mächtigen und ihrer IM-Helfer? Angst vor der Aufdeckung von Wahrheiten über Geschäftemacherei von erbärmlichem Krämerseelengeist im deutsch-deutschen Getriebe. Angst, die Einheit zu gefährden, wenn man die Schuldigen nicht hofiert? Sie werden trotzdem weiter machen, nun vom Rechtsstaat gedeckt. Die Katze läßt das Mausen nicht!

Der moralische Verfall in diesem Lande, ein nie gekanntes Ausmaß an gesellschaftlicher Korruptheit, steigende kriminelle Methoden der Geldgewinnung, die Teilung der Gesellschaft in arm und reich mit erschreckend steigender Arbeitslosigkeit, bilden den Nährboden für jede Form von Extremismus, einschließlich der alten zerstörerischen Kräfte von rechts und links.

In einer Gesellschaft, die keine Skrupel und keine Werte mehr kennt, außer die des Mammons, wird Justitia zwangsläufig zum Krüppel, verkümmert jedes Empfinden für recht und Unrecht.

Wer so entscheidet wie das Bundesverfassungsgericht und die Justiz in diesem und in so vielen anderen Fällen von Unrecht und Schuld, gefährdet die Verfassung selbst, hat vergessen, daß jemand, der seine Mitmenschen bespitzelt, um sie zu verraten und auszuliefern, aus welchen Gründen und zu welchem Zweck auch immer, grundsätzlich das Menschenrecht und die Würde des Menschen verletzt und mit Füßen tritt.

Wolfgang Janisch
(Berlin)

FWTV-Spendengelder

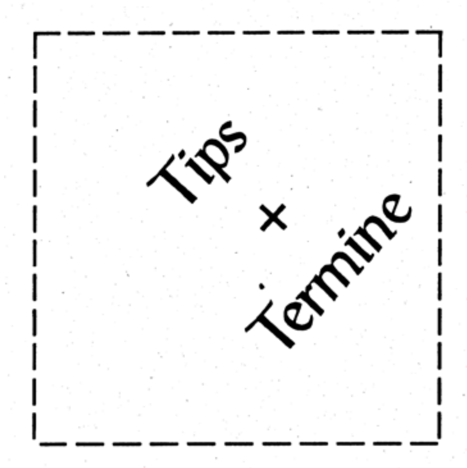
Der 1986 in der DDR gegründete Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer (FWTV), hatte sich nach der Wende, bei einem Familientreffen in Braunsdorf 1991, aufgelöst. Über die auf dem Spendenkono befindlichen 3.600 Mark sollte später entschieden werden. Dies erfolgte nun Ende November 1995: 2.000 Mark davon gehen an die Braunschweiger Totalverweigererinitiative, da diese in den letzten Jahren zu DER kompetenten Anlaufstelle für Totalverweigerer wurde. 1000 Mark werden über die Gruppe „gewaltlos leben" für die Unterstützung serbischer Kriegsdienstverweigerer zur Verfügung gestellt. Die restlichen 600 Mark erhält die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen in Bremen.

Gegen den vielleicht letzten schon zu DDR-Zeiten aktiven Totalverweigerer, den jetzigen Geschäftsführer des ADFC Potsdam, Volker Wiedersberg, wird am 8. Februar in Potsdam prozessiert. (Siehe Termine).

Übrigens wird in diesen Tagen gegen den „Verteidiger" vieler DDR-Totalverweigerer, **Wolfgang Schnur**, wegen Mandantenverrats verhandelt. Schnur leistete unter den Decknamen „Ralf Schirmer" und „Torsten" als Inoffizieller Mitarbeiter Spitzeldienste für das MfS.

Am 30. Januar 1996 wird Freya Klier vor dem Landgericht Berlin aussagen. Dabei geht es um die Stasikontakte von Schnur, der damals ihr Anwalt war, nach ihrer Verhaftung in Folge der Luxemburg/Liebknecht-Demo 1988.

Gerold Hildebrand



02.-04.02. Berlin, „Verstörte Gewissen - beschädigte Seelen", Die Kinder- und Jugendpsychologie des MfS und ihre Folgen, Tagung im Haus der Kirche, Goethestr. 26-30, 10625 Berlin, Beginn Freitag 17 Uhr, Ende Sonntag 16 Uhr. Samstag, 03.02. 19.30 Uhr Wolf Biermann - Konzert. Anmeldung: Gundula Fienbork, Heinrich-Böll-Stiftung, Fon 030-20 16 52 77.

08.02. Berlin-Mitte, 20 Uhr: Buchvorstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft. Die Herausgeber Silvia Müller und Bernd Florath stellen die Neuerscheinung vor: **"Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften der DDR 1965/66"**, Haus der Demokratie, Robert-Havemann-Saal, Friedrichstr. 165.

09.-11.02. Sindelfingen Regional-Treffen Süd der totalen KDV. Kontakt: DFG-VK Frankfurt/M., Vogelsbergstr. 17, 60316 Frankfurt/M., Fon (069) 49 80 394, Fax (069) 49 90 007

13.02. Berlin-Lichtenberg, 16 Uhr: Buchlesung "Akten-Einsicht" mit Autor Karl-Wilhelm Fricke, HELP Ruschestr. 59, Haus 1.

14.02. Berlin-Mitte, 19.30 Uhr: Veranstaltung des Berliner Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165.

22.02. Berlin-Prenzlauer Berg, 19 Uhr: "Die Reihen fest geschlossen" - "daß es nur so kracht", Bernd Juds vergleicht Soldatenlieder der NVA mit denen der Bundeswehr, Veranstalter: Bürgerkomitee "15. Januar". Ort: Kulturbrauerei/Galerie Alte Schlosserei, Knaackstr. 97.

23.02. Frankfurt/Main Veranstaltung „Deserteure zurück nach Bosnien ?!" in: Dezentral, Wittelsbacher Allee 45, 19.30 Uhr. Kontakt: DFG-VK Hessen, Vogelsbergstr. 17, 60316 Frankfurt/Main, Fon (0 69) 43 14 40, Fax (0 69) 49 90 007.

01.-03.3. Halle Jahrestagung „Steuer zu Pflugscharen". Kontakt: S. Neumann, Wagnerstr. 20, 06114 Halle.

18.-20.03. Loccum Internationales Werkstattgespräch „Aufbau und Qualifizierung von Streitschlichtungskräften". Kontakt: Evangelische Akademie, Jörg Calließ, Postfach 21 58, 31545 Rehburg-Loccum, Fon (0 57 66) 81-0, Fax (0 57 66) 81-128.

25.-29.03. Minsk (Belarus) III. Internationaler Kongreß „Die Welt nach Tschernobyl". Kontakt: „Den Kindern von Tschernobyl, ul. Starovilenskaja 14, 220029 Minsk, Belarus, Fon (00 375) 172 34-12 35, Fax (00 375) 172 34-34 58.

06.-08.04. bundesweit Ostermarsch. 1) FREIe HEIDe Wittstock-Ruppin, 2) 6.-8.4.: Leipzig-Jena-Erfurt (mit dem Fahrrad) 3) 6.4.: Duisburg-Oberhausen (zu Fuß), 7.4.: Essen-Bochum (per Rad), 8.4.: Bochum-Dortmund (zu Fuß).

19.-21.04. Berlin Internationaler Kongreß „10 jahre Tschernobyl - Eine aktuelle Bilanz der Folgen". Charité Berlin. Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Fon (030) 20 711-20, Fax (030) 20 711-29.

26.-27.04. bundesweit Solidaritätstage zu „10 Jahre Atomkatastrophe Tschernobyl" mit regionalen Demonstrationen (AKW Krümmel in Schleswig-Holstein, Atommüll-Endlager in Morsleben (Sachsen-Anhalt), geplante Atommüll-Lager Ahaus (NRW), AKW Biblis (Hessen), Freiburg/Fessenheim (Dreyeckland), Siemens Konzern-Zentrale München, atomarmilitärische Forschungsreaktor Garching (bei München) sowie vielen örtlichen Veranstaltungen.

08.-15.05. Aktionswoche der DFG-VK „Für eine Bundesrepublik ohne Armee (BoA)". Kontakt: DFG-VK München, Fon (089) 83 42 693.

15.05. weltweit Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer. Focus: Asyl für Deserteure.

13.-16.06. Erfurt Ökumenische Versammlung „Versöhnung suchen - Leben gewinnen". Kontakt: AG Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Postfach 10 17 62, 60017 Frankfurt/ Main, Fon (069) 28 93 47.

14.-16.06. Bundestreffen der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA). Kontakt: FöGA, Scharnhorststr. 6, 50733 Köln, Fon (02 21) 76 58 42, Fax (02 21) 76 58 89.

18.-23.06. Jena, Werkstattwoche der JG-Stadtmitte zu ihrem 25jährigen Bestehen.

06.07. Frankfurt/Main Festival:75 Jahre War Resisters' International, 25 Jahre SOdZDL und 15 Jahre ICOM. Titania, Basaltstr., (Bockenheim). Veranstalterinnen: DFG-VK Hessen, DFG-VK Frankfurt und SOdZDL.

Am **4. Februar 12.30 Uhr** wird der Initativkreis "Gerechtigkeit für Dietrich Bonhoeffer" am Gebäude des 5. Strafsenats des BGH, Witzlebenstr. 4, 14057 Berlin, folgende Tafel anbringen:

> Zum Gedenken an den christlichen Widerstandskämpfer
> **Dietrich Bonhoeffer.**
> Seine Tötung am 9. April 1945, angeordnet durch ein SS-'Gericht' im Konzentrationslager Flossenbürg. wurde vom Bundesgerichtshof 1956 bestätigt - als Ausdruck des Rechts des NS-Staates auf Selbstbehauptung.

Dem Initativkreis "Gerechtigkeit für Dietrich Bonhoeffer" gehören an: Bärbel Bohley, Ulrike Poppe, Stephan Hilsberg, Martin Gutzeit, Rudi Pahnke, Katja Havemann. Weitere Personen haben sich den Forderungen der Initiative angeschlossen.
Kontakt: Robert-Havemann-Gesellschaft, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin, Fon (030) 44650303, Fax (030) 44650305

FACHFORUM SÜDOSTEUROPA

Offene Mitgliederversammlungen **12.02.** und **11.03.96** jeweils 19 Uhr im Haus der Demokratie, Friedrichstr 165, 10117 Berlin.

30.01. Kirche in Litauen - Konservative Traditionen im Wandel? Referent: Vydas Dolinskas (Historiker, Vilnius)

31.01. Orthodoxie vs. Moderne - Die Serbische Orthodoxe Kirche in der Gegenwart. Referent: Dr. Miloje Milicevic (Vuk Karadzic - Gebrüder Grimm e.V. - Serbisch-Deutsche Gesellschaft, Berlin)

SÜDOSTEUROPA - AKTUELL

02.02. Istrien im Spannungsfeld zwischen Nationalismus und Realismus. Referent: Jens Eberhard Jahn (Historiker, Heidelberg)

OSTEUROPA - HEUTE

27.02. Polen nach den Präsidentschaftswahlen - Kontinuität in der Außenpolitik? Referent: W. Paniowski (Journalist, Berlin)

21.03. Litauen - eine junge Republik auf der Suche nach westeuropäischer Integration. Referent: Dr. Juozas Galginaitis (Leiter der Außenstelle Berlin der litauischen Botschaft)

ROBERT-HAVEMANN-GESELLSCHAFT FORSCHUNGSGRUPPE OSTEUROPA

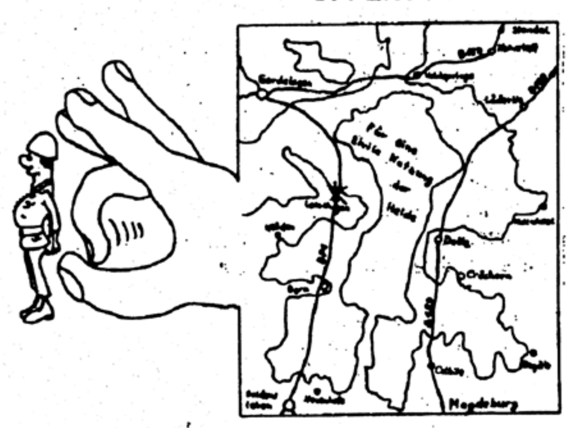
14.02. Antisemitismus in der polnischen Opposition bis 1989
Referentin: Beate Kosmala (Historikerin, TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung).

Die Veranstaltungen finden im Haus der Demokratie, Friedrichstr 165, 10117 Berlin statt und beginnen um 19.30 Uhr. Koordination/Moderation: Detlef W. Stein
Fon/Fax: (030) 993 93 16.

Buchtip

Edwin Kratschmer (Hg.), "Dem Erinnern eine Chance", Die Jenaer Poetik-Vorlesungen "Zur Beförderung der Humanität" in den Jahren 1993/94, 192 Seiten, 12,-DM (zzgl. Versandkosten)
Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Fon/Fax (030) 229 28 38

OFFENe HEIDe



An jedem ersten Sontag im Monat gehen wir in die Colbitz-Letzlinger Heide.
Wir nehmen sie damit Stück für Stück symbolisch in Besitz und erfüllen sie mit friedlichem Leben.

04.02. Protestwanderung in die Colbitz-Letzlinger Heide, 14 Uhr ab Steinberge bei Dolle an der B 189

Prozeßtermine gegen Totale Kriegsdienstverweigerer:

Volker Wiedersberg, **08.02.96**, 10 Uhr, AG Potsdam, Hegelallee 8, ab 8 Uhr nichtmilitärisches Frühstück in der Gerichtskantine. Der jetzige Geschäftsführer des ADFC in Potsdam hatte schon zu DDR-Zeiten verweigert. Zudem hatte er sich an der Kontrolle der DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989 beteiligt und in der Wendezeit bei der Stasi-Auflösung mitgewirkt.

Michael Rösner, **22.02.96**, 12 Uhr, AG Minden, Königswall 8.

Sven Kiebler, **07.03.96**, 13.30 Uhr, LG Münster, Raum A 01, Nachfragen: Fon (02534) 8204 (Sven).

Beratung zur KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG:

AG Kain Zwang
c/o Neues Forum
Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin-Mitte,
Fon (030) 2477261
Mo 18 - 20 Uhr

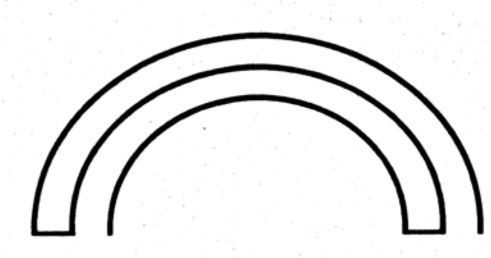
GEGEN DIE VERDRÄNGUNG IM EIGENEN KOPF

Ein heiteres Schlachten alter Tabus aus Anlaß des 5. Jahrestages der Großen Nichtsozialistischen Oktoberrevolution ("Wende")

READER ZUR KONFERENZ LINKSOPPOSITIONELLER DDR-KRITIKER IM HAUS DER DEMOKRATIE

Herausgeber/Bezug: **Matthias-Domaschk-Archiv** in der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Schliemannstr. 23, 10437 Berlin, fax: (030) 4464844
Spende zum Selbstkostenpreis: 5,- DM

A d r e s s e n



Landesgeschäftsstellen:

NEUES FORUM **Berlin**
Rosa-Luxemburg-Straße 19
10178 Berlin-Mitte
fon (030)
fon/fax: (030) 247 72 61
di-do 14 - 17 Uhr

NEUES FORUM **Brandenburg**
GF: Werner Stremlow
Friedrichstraße 165
10117 Berlin
fon: (030) 229 23 17
fax: (030) 229 12 13

NEUES FORUM **Sachsen**
Heinrich-Schütz-Str. 5
01277 Dresden
fon: (0351) 4411172 (Di 18-20 Uhr)
fax: (0351) 4416187 (nur manuell nach Anruf möglich)

NEUES FORUM
Bundesgeschäftsstelle
Friedrichstraße 165
10117 Berlin
fon: (030) 229 24 12
fax: (030) 229 12 13

NEUES FORUM **Sachsen-Anhalt**
GF: Sabine Wolff
Große Klausstraße 11
06108 Halle
fon/fax: (0345) 20 24 686

NEUES FORUM
Mecklenburg-Vorpommern
H.d.D. Gerberbruch 13a-15
18055 Rostock
fon: (0381) 490 24 06
fax: (0381) 490 24 05

NEUES FORUM **Thüringen**
GF: Gudrun Berg
Bergstr. 23
99089 Erfurt
fon: (0361) 21 10 114
fax: (0361) 21 18 123

GF = Geschäftsführer/in

Bundesforum vom 26.04.-28.04.96 in Ruhlsdorf

WIE KOMME ICH NACH RUHLSDORF?

Ruhlsdorf liegt ca. 20 km nordöstlich von Berlin.

- mit dem Auto:
ab Berlin auf der A 11 Richtung Prenzlau bis zur Abfahrt Lanke/Prenden, weiter auf der Landstraße Richtung Prenden, von dort Richtung Ruhlsdorf, in Ruhlsdorf zunächst rechts in Richtung Sophienstädt abbiegen, dann nach links abbiegen zum Feriendorf Dorado (Eisenbuder Weg 2)
In Ruhlsdorf werden wir die Strecke ausschildern (Augen auf nach dem FORUM-Regenbogen!!)

- mit der Bahn:
zunächst nach Berlin, dann mit der S-Bahn bis Bernau (Endstation), dort werdet Ihr abgeholt (**Achtung!!!** Wer mit der Bahn anreist, muß das unbedingt auf dem Anmeldeformular angeben und sich vorher telefonisch in der Bundesgeschäftsstelle melden.)

- mit dem Schiff:
auf dem Oder-Havel-Kanal bis Marienwerder, von dort weiter auf dem Priegnitzfließ (Achtung: Tiefgang beachten!) bis zum Eisenbuder See, von dort 2 km zu Fuß Richtung West-Nordwest

Anmeldungen bitte bis zum ***25.02.96*** *(Poststempel) an die Bundesgeschäftsstelle schicken!*

Spenden

bitte auf das

Konto NEUES FORUM
Kontonummer: 438 2386 600
Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: Spende/Bulletin
Erwartete Spende für ein BULLETIN:
3,– DM